

Dresdner Volkszeitung

Postleitzahl: Dresden, Nrn. 20018. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verleihung: Gebr. Reinhold, Dresden.

Aboabonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, einförmlich Beitragszettel monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen, zentralstrich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.10. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungspalz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zeitungspalz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abonnate werden die 7gepaßte Zeitung mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Beziehungen. Abonnate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275.

Dresden, Dienstag den 26. November 1918.

29. Jahrg.

Expropriation und Konfiskation.

Einem Artikel, den der bekannte, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörige Theoretiker Karl Rauhut in der Zeitschrift Der Sozialist veröffentlicht, entnehmen wir folgendes:

Vier große Aufgaben stehen vor der durch die Revolution eingeführte Regierung: Einmal der Abschluß des Friedens und die Sicherstellung normalen Verkehrs mit dem Ausland. Dann die Sicherstellung der Volkserhaltung. Drittens die Neubildung der Staatsmaschinerie in Formen, die sie zu einem geeigneten Mittel der Sicherstellung des sozialistischen Produktionsprozesses machen, und endlich viertens die Durchführung der Übergangsirtschaft, die wieder zweier Art ist, einerseits Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, andererseits Übergang von kapitalistischer zu sozialistischer Wirtschaft.

Diese Formulierung der Aufgaben wird von manchem Menschen als „philistisch“, ja sogar als „bürokratisch“ abgelehnt und vielleicht verlangt, die Revolution immer noch weiter zu treiben.

Es ist nicht ganz klar, was unter diesem sehr deutungsfähigen Ausdruck verstanden werden soll. Versteht man das Wort „Revolution“ in dem Sinn, daß die gegenwärtige Regierung gestoppt werden soll? Wer soll sie stützen, was an ihrer Stelle treten? Die augenblickliche Regierung ist gebildet durch die beiden großen Parteien, in die der deutsche Sozialismus zerfällt. Die Zusammensetzung der beiden Fraktionen ist sicherlich kein idealer Zustand, aber der einzige, der den Bestand einer sozialistischen Regierung unter den gegebenen Verhältnissen ermöglicht. Jeder Versuch, die aus diesem Kompromiß geborene Regierung zu stützen, zieht einen Teil des Proletariats dem anderen Teil entgegen, das ganze Proletariat damit kampftüchtig machen und den Sieg sichern.

Doch kann man die Sicherung des Weitererhalbens der Revolution auch in einem andern Sinne auffassen, in einem, der der gegenwärtigen Regierung durchaus nicht feindlich ist. Es wäre sicher bestmöglich, wollten die arbeitenden Massen glauben, nun sei alles in Ordnung, die Regierung werde schon für das Mögliche sorgen. Doch braucht man durchaus nicht zu schließen, daß sie sich wieder schlafen legt. Die gesamte Masse des Proletariats und weiter Schichten des Kleinbürgertums und der Intellektuellen haben ja ein dringendes Interesse am Sozialismus. Was viele von ihnen abhält, sich uns aufzuhören, war bloß ihr Zweifel an unserer Macht. Nun haben wir die Macht in unsere Hände bekommen, damit sind vielen die Binden von den Augen gefallen. Nun glauben sie an uns und arbeiten mit uns, wenn wir ihnen Gelegenheit zur Beteiligung geben.

Oben soll der Glaube an unsre Macht für so viele unaufgelierte Mitglieder der unteren Volkschichten von so entscheidender Bedeutung ist, sehe ich in der Verstärkung des Zusammenschlusses des Konstituenten keinen kleinen Vorteil, wie viele meiner Freunde: Der Glaube an unsre Macht kann durch längeres Warten nicht wachsen. Die Verfechter der Veränderung rechnen auf den Anschwungszuricht, den wir den Massen durch praktischen Sozialismus erzielen. Aber zaudern können wir nicht. Wie noch wir auch die Nationalisierung der Produktion beabsitzen mögen, eine wesentliche Hebung der Wohlhaben der Massen wird erst möglich sein, wenn es uns gelingt, nach vorsichtiger Nationalisierung die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu heben. Das kann ein bis zwei Jahre dauern, geschiehe jene bisher unvollendeten Teile der Massen, auf deren Festhaltung es ankommt, erwartet aber vom Sozialismus das Paradies gleich übermorgen. So lange Zeit, wie der Sozialismus braucht, um durch seine Leistungen die Hoffnungen zu gewinnen, können wir mit dem Zusammenschluß der Nationalversammlung nicht warten.

Andereinst ist es ein Stein zu sein, den ich absolut nicht beweise, wenn man fröhlt, wie seien verloren, sobald wir mit unserem Programm vor die Volksmassen traten. Ich habe volliges Aufsehen in seiner Siegeskraft nach den furchtbaren Lehren der letzten vier Jahre.

Man will die konstituierende Nationalversammlung erst zusammenrufen, nachdem man sozialistische Maßregeln durchgeführt hat. Wie soll man aber solche durchführen mit den bisherigen Staatsmaschinen? Und wie will man diese einheitlich und gründlich für das ganze Reich ändern ohne konstituierende Nationalversammlung?

So wie z. B. eine der ersten Maßnahmen der Nationalisierung die der Kohlenbergbau sein müßte. Wie soll man aber diese durchführen, solange das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich nicht geändert ist? So wie jetzt kann es nicht bleiben. Die Kohlenbergbau müssen in den Besitz des Reiches übergehen, der preußische Staat darf nicht allein darüber verfügen.

Man sieht, die Grundlage des neuen Staates muß zuerst gelegt sein, ehe man daran gehen kann. Verstaatlichungen tatsächlich nicht bloß im Detekt, vorzunehmen. Auch verstaatlichen und dann den Staat aufzubauen wollen, hieße den Haushalt beim Nach beginnen.

Rätselhaft läßt sich trotzdem sofort vieles machen und muß gemacht werden, aber zu rascher Durchführung wohlauf einschneidende Maßregeln gehört eine vorherige Aenderung des Staatswesens. Die Verbindung Deutschlands in eine demokratische Republik darf nicht auf das Verhältnis einiger Dynastien befristet, sie muß das ganze Staatswesen in allen Einzelheiten durchdringen. Und das kann nur eine konstituierende Nationalversammlung bewirken.

Eine der Fragen, die für das Reich prinzipsmäßig gelten werden müssen, wird die sein, ob die Befreiung nationalsozialistischer Betriebe tatsächlich entschädigt werden sollen oder nicht.

Man erscheint als die einfachste und radikalste Lösung die Frage der Nationalisierung die Konfiskation, und vor Bedenken dagegen zu sein.

Vom Rechtsstandpunkt aus kann man sagen, daß alles Kapital akkumulierte Reichtum, unbezahlte Arbeit ist. Es ist das gute Recht der Arbeiter, ihre oder ihrer Vorgesetzten unbezahlte Arbeit ohne Vergütung wieder an sich zu nehmen.

Für den Marxismus sind diese Gesichtspunkte nicht ohne Bedeutung. Aber entscheidend für ihn werden die ökonomischen Erwägungen, und die sprechen in anderem Sinne.

Die sozialistische Weise, die die kapitalistische Produktionsweise über die Proletariermassen, ja die ganze Gesellschaft gebracht hat, sind die wirtschaftlichen Kräfte mit ihrer ungeheure Arbeitslosigkeit. Diese Kräfte bilden die schwere Anlage, die die Träger des Kapitalismus gegen ihn vorbringen, sie aus der Welt zu stoßen und unmöglich zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus. Es wäre das schlimmste Nemesiszeugnis für ein sozialistisches Regime, wenn es sich mit den herbstlichen einer wirtschaftlichen Krise einlädt.

Was wir aber brauchen, ist ruhiger, ununterbrochener Fortgang des Produktionsprozesses, ohne den die Arbeiterschaft nicht leben kann. Einer der größten Vorteile der Demokratie besteht gerade darin, daß sie es erlaubt, die erditterten Klassenkämpfe in Formen auszuführen, die den Produktionsprozeß nicht stören, während jede Dictatur oder Autokratie, von welcher Seite sie kommen mag, notwendigerweise dazu führt, daß diese Kämpfe Formen annehmen, die den Produktionsprozeß zeitweise lahmlegen.

Wie sieht nun die Konfiskation auf den Fortgang der Produktion?

Gelingt es, mit einem Male die gesamte Produktion aus kapitalistischer in sozialistische zu verwandeln, dann wäre die Konfiskation eine sehr zweckmäßige Maßregel, die sich auch wie wir gesehen, durch Erweiterungen des Rechts und Vorschriften der Geschichte rechtlicher Regeln. Einen derartigen üblichen Übergang zum Sozialismus hätte jedoch niemand für möglich.

Aber wie lange man immer jenen Zeitraum des Übergangs ausnehmen mag, davon ist nicht zu zweifeln, daß die verschiedenen Produktionswege in verschiedenem Maße zeit für Zeit zur Nationalisierung. Bei manchen kann es ohne weiteres sofort vorgenommen werden, bei andern ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie sie Nationalisiert werden.

Zunächst will sich sicher nur ein Teil der Produktionswege nationalisieren können, die andere müssen kapitalistisch weiter betrieben werden. Der Kapitalist produziert aber nicht weiter, wenn er nicht sein Eigentum und seinen Gewinn gesichert weiß. Soll er seinen Betrieb in Gang halten, muß er neues Kapital in seinen Betrieb hineinstellen, ohne zahlen, Subventionen laufen ist. Wird er das tun, wenn das Prinzip der Konfiskation angenommen wird und er mit der Möglichkeit rechnet, daß man ihm morgen oder übermorgen seinen Betrieb ohne jede Entscheidung abnimmt?

Man meint, durch den Schied kann man die widerstreitenden Kapitalisten zwingen, ihre Betriebe weiter zu führen. Aber unter den Druck des Schieds kann man nur die rohheren Arbeiten erzwingen. Es ist ein Nachteil der Elendarbeit, daß sie jede höhere Produktionsweise ausschließt. Man kann neben den Unternehmen einen Gendarmerie stellen, die ihn zwingt, den Betrieb in Gang zu halten. Aber wie soll er ihn zwingen, daß mit Umsicht und Erfahrung zu tun? Je schwächer der Betrieb, desto größer die Nutzen des Betriebs, desto rascher wird der Betrieb verkommen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn der Kapitalist ein Interesse an dem rationalen Fortgang des Betriebs hat, wenn ihm in Aussicht gestellt ist, im Falle der Nationalisierung eine Entschädigung zu bekommen, die um so höher ist, je produktiver das Unternehmen.

Auf ökonomischen Gründen, im Interesse des ungestörten Fortgangs der Produktion, ist es dringend wünschenswert, daß der Grundstock der Akkumulation für alle Betriebe, deren Besitzer sich in seiner Weise strafbar gemacht haben, festgelegt würde.

Der Geldhaushalt der Kapitalisten soll in Anspruch genommen werden bei der Zahlung der Kosten der Bildungen. Aber die Klasse soll dazu herangezogen werden, nicht der einzelne. Die Kosten müssen durch progressive Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Gebühren aufgebracht werden. Die Konfiskation trifft einzige Kapitalisten und läßt andere unbeschoren, die Besteuerung legt die Kosten des Übergangs nicht einzelnen Individuen, sondern der ganzen Klasse auf, ausgehend nach der Tagesschafft des einzelnen. Sie wird dadurch gerechter und auch mild, weil der Bezug der Expropriierung der einzelnen auf einen längeren Zeitraum verteilt ist, bis die gesamte Nationalisierung zum Abschluß gelangt. Es wird dem einzelnen nicht sofort sein ganzes Vermögen genommen.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die zivilisierte Methode der Expropriierung der Expropriatoren durch die Besteuerung wählen und der Kapitalistensklave das traurige Vorrecht lassen, daß sie es war, die bei den Expropriierungen, die sie in ihren Anfängen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, vornahm, zu den gewalttätigen und unfairen Mitteln griff.

Mit dem Siege des Proletariats soll ein neues, höheres Zeitalter beginnen.

Nationalwahlen bald möglich!

Ein Vorschlag Scheidemanns

Berlin, 26. November. In der geistigen Reichskonferenz hat sich Scheidemann in einer Debatte auch mit den Einwohnern beschäftigt, die gegen die baldige Wahl der Nationalversammlung aus technischen Gründen erhoben wurden. Scheidemann schreibt im Vorwärts:

Es wird hauptsächlich betont, daß es unabdinglich sei, Wählerlisten aufzustellen, solange nicht alle Soldaten in die Heimat zurückgekehrt seien. Die Soldaten dürften aber, was für mich selbstverständlich ist, nicht von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sein. Ich halte die Wahl für möglich unter Teilnahme aller Soldaten, ohne daß in diesem besonderen Falle Wählerlisten aufgestellt werden müßten. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden gleich, geheim und direkt sein. Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien oder

auch andre Gruppen, die sich für diese besondere Wahl etwa vereinen wollen, können Listen ihrer Kandidaten für ihren Wählerkreis aufstellen. Es könnte für die Ausgabe der abzugebenden Stimmentheil genügen, wenn die Parteileitungen ihre Kandidatenlisten einrichten. Die Regierung müßte dann einen einheitlichen Stimmentheil für das ganze Reich drucken und verteilen lassen.

Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel, wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpas legitimieren. Der Pas müßte nach vorgenommener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigte nur einmal wählen kann. Alle Zivilwahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte. Dem Einwohner, daß in den besetzten Gebieten die Wahl kaum vollzogen werden könnte, kann ich erhebliches Gewicht nicht beimessen. Wenn es sich in dem besetzten Thüringen darum handelt, daß

die Wähler für Deutschland oder Frankreich votieren sollten, dann ließe ich den Einwand fallen. Darum handelt es sich aber bei der jetzigen Wahl nicht. Meine Überzeugung, daß die Errungenheiten der Revolution um so besser gesichert werden könnten, je schneller die Wahl zur Nationalversammlung stattfindet, ist von Tag zu Tag gestärkt worden.

Das Ergebnis der Reichskonferenz.

Berlin, 26. November. Auf der Reichskonferenz, die unter dem Vorsitz von Herrn Bethmann vorzeitig zusammengetreten, waren alle deutschen Staaten und die Provinz Schleswig-Holstein vertreten, mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck. Vertreter Preußens waren Hirsch und Sträßel, als Vertreter Sachsen Lipinski und Dr. Graebner erschienen.

Die Konferenz der Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongresssaal des Reichstagspalais. Etwa 70 Vertreter der

Freistaaten waren erledigen. Haben einige folgenden diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer eigenen Heimat die Regierung übernommen haben und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil in Ritterorden oder Soldatenorden. Noch lange Jahre sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und Beigeordneten Platz genommen haben. Nach einer kurzen Geschäftsbuchungsabsicht sprechen Staatssekretär Scherf über unsre Beziehungen zu den bisherigen Gouvernern und den östlichen Nachbarn, wobei er die Lage des Reichs als auf äußerste Bedrohung darstellt, sowohl durch den nati. Verwaltungswillen unseres Gegners, als auch durch die separatischen Streitungen im Innern.

Die Versammlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden Vollbeauftragten Scherf eröffnet, der ausführte: Die Arbeit, die uns hier vereinigt, ist von überordneter Interesse für unser Land und Volk. Wie wir die politische Macht übernommen haben, wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialpolitisch-republikanische Staatsform eingerichtet worden, in der die Vollbeauftragten die Executive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind:

Schneller Friede und Sicherung des Wirtschaftslebens.

Wenn die Kriegsmittelbedingungen nicht bald wegfallen, haben sie die allgemeinen Folgen. Die Rettung heißt Praktizierter Friede. Anzufordern muss jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen; denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos, ohne Freiheit und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reichs gestellt werden. Die Außenverbindung muss auf der Höhe gehalten werden. Solidarität muss sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist einsseitig, aber ohne Experimente nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach geinem Studium und unter Sicherung der wirtschaftlichen Wertigkeit. Es geht um Arbeitsschaffen, wozu die engste Gemeinschaft nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Bundesstaaten muss der Nationalversammlung vorbehalten werden, an deren baldster Einberufung wir entschlissen sind. Schon morgen wird das Abkommen das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Vertrag nehmen. Davor muss ein Provisorium zwischen Engelsboden und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Scherf sieht alle Hoffnung auf die heutige Verhandlung, die der Reichsregierung die Vertretung noch ehe ein Friedensvertrag abgewinnen und die Nationalversammlung so schnell wie möglich berufen möge.

Nach dem Reichsstaatssekretär Erzberger über die Waffenstillstandserklärungen, insbes. auf Antrag des Präsidienten Göring über beide Feinde gemeinsam bestimmt wurde. Als erster sprach Göring, der mit einem scharfen Protest gegen beide Staatssekretärs als Kommissar vertriebenen Vertreter der alten Zeit begann, deren Interessen nicht im entferntesten mehr lebten, doch in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit geben.

Auch Göring sprach noch eine Anschrift anderer Delegierter der Einzelstaaten, teils reaktionär, teils gemäßigter Richtung, unter ihnen Lipinski-Petras, Seigner-Gotha, Böhringer, Hermann, Stuttgart; ferner kamen die Regierungsmöglichen Lohrberg, Reichenbach und Berthold zum Wort. Lipinski erklärte, dass es im Interesse des Reichs alle Sozialisierung hinnehmen, wogenen schwächer Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenrechte durch die Rentabilität. Die Nationalversammlung kann außerdem noch, bis die Verhandlungen für sie geschlossen seien, in eine Einberufung des Reichstags bei nicht zu benennen. Es sei mit dem einen Regime zufrieden. Die sozialistische Regierung wolle zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Anschluss von Deutsch-Oesterreich. Alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufsichtung des Sozialstaates ausführlich bei Friedens durch einstimmig ratifizieren.

Für die Nationalversammlung!

Die Nachmittagssitzung wurde eingefolgt durch den Vollbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorher die Arbeiter- und Soldatenrechte als Vertragserkenntnis berufen will. Die Diktatur würde niemand. Präsident Merges-Braunschweig wandte sich sofort gegen die Monarchie. Diktatur müsse fortan sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volksgenossen weggestellt werden. Sie möchte nicht auf freiem Platz. Nach kurzer Schlussoptagungshandlung, in der Minister Hirsh bedauerte, nicht im Namen Preußens gegen die Zustimmung zweier Reichsteile protestieren zu können, rückt auf Vorschlag Scherf folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Die deutschen Stämme seien geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich eindeutig, im Sinne der Reichseinheit zu wählen und sozialistische Reformen zu befürworten.

2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenrieche die Repräsentanten des Volkswillens.

Staatssekretär Müller vom Reichsrat des Innern schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungeliebte Verfolgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu lösen, und die deutsche Volkswirtschaft im Innen und Auslande freiheitlich zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreisinstanzen auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unabdingbar erforderlich. In Vorbereitung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erlässt daher die Reichsregierung, dass jeder Gouverneur in die geschäftliche Tätigkeit der Kreisinstanzen zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsrat des Innern schlägt auf das Gesetz des Binnengeschäfts des Reichs hin. Er fordert, dass rein praktischen Gründen die Nationalversammlung

deutsche Arbeiterschaft der Welt zeigen, doch 50 Jahre der Erziehung zur Selbstregie durch die Sozialdemokratie nicht verlorengegangen seien. Die Werke der heutigen Sitzung möchten es allen zur Pflicht, für die neue Republik die sozialistische Bestigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Diskussionen berührte er und schloss er die Reichskonferenz.

Hilfe über den Wahltermin.

Berlin, 26. November. Die Unabhängigkeitsverhandlungen gehen wieder groÙe öffentliche Versammlungen. Am ersten davon sprach Haase. Er mahnt sich gegen die Wehrheitssozialisten, die immer noch in doppelseitige Gedanken eingespannt seien. Als Ziel seiner Wünsche bezeichnete er mit volle Erfüllung des bisherigen

Arbeits- und Verwaltungskörpers durch Einigung der sozialdemokratischen Parteien. Für ein solches Experiment sei jetzt nicht der richtige schwierige Zeit sein. Die Sozialisten wollen nicht einschlagen, sondern durch einen organischen Prozess die soziale Gesellschaft überleben. Die Revolutionierung gewisser Parteien möge in Interesse der Allgemeinheit, wobei Exportindustrie und Handel es beteiligt bleiben werden. Daß keine fernere Zeit, bei der die Zügel des Proletariats selbstverständlich kein ewiger Zustand sein kann, aber die Errungenschaften der Revolution müssen verankert werden. Die Nationalversammlung sei eine unbedingte Voraussetzung, doch ist allein der Termin. Den Sozialisten vor allen Dingen nicht Bedeutung noch nicht möglich.

Der staatsrechtliche Neuaufbau Deutschlands.

Die Revolution hat das alte deutsche Staatsrecht mit einem Stich über den Haufen geworfen: Reichskanzler und Bundesrat, Reichstag und bundestaatliche Parlamente bestehen nicht mehr. Die Verzerrung der alten Rechtsnormen ist dabei unter Prinz Max von Baden begonnen, ohne daß das neue Recht umfassend kodifiziert und in Paragraphen gefestigt worden wäre. Früher war der Geschäftsgang so, daß der Reichskanzler mit seinen vortragenden Räten und vertretenen Vertretern die höchsten Maßnahmen und Gesetze bestellte, dann versuchte seine Vorstände im preußischen Staatsministerium durchzubringen und schließlich in Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten, besonders Sachsen und Bayern, einigte. Sodann wurden die Entwürfe formell im Bundesrat eingereicht und auch dessen Genehmigung dem Reichstag als Gesetzentwurf der verbündeten Regierungen unterbreitet. Der überzeugende Einfluß der Prinz Max am Reichstag Preußen im deutschen Bundesstaat war sehr verankert.

Durch die Neuerungen des Prinzen Max von Baden wurde dieser ganze Geschäftsgang über den Haufen geworfen. Der Reichskanzler einigte sich nicht mehr mit dem preußischen Staatsministerium und den übrigen verbündeten Regierungen, sondern legte die Richtlinien mit der Reichsregierung fest, deren Willen oberstes Gebot im Staate wurde. Damit war Brechen seines Voranges bereit und auch die übrigen Bundesstaaten eines großen Teiles ihres Einflusses entzogen.

Die Umwidmung hat sich verhältnismäßig reibungslos vollzogen. Im Roßstand des Krieges kam es nur darauf an, innere Auseinandersetzungen zu vermeiden. Es wäre sicherlich noch Friedensschluß zu klarten Auseinandersetzungen gekommen, weil die Neuabgrenzung und Neuverteilung der sozialen Gewalt zwischen Reichstag und Bundesrat in allen Einzelheiten noch nicht endgültig festgelegt war und die verbündeten Regierungen immer wieder verlust hätten, ihren Einfluß zu behaupten und den verlorengegangenen wieder zu gewinnen.

Die Revolution hat diese Auseinandersetzungen gründlich überflüssig gemacht und eine neue Lage geschaffen, in der die alten Verbunden und Organe weiter um allgemeinen in der bisherigen Weise amtierten, ohne aber in Einzelfällen die bisherigen Grenzen ihrer Tätigkeit strikt innewohnd. So verließ Bayern selbstständig Noten an Wilson; so beschließt Schleswig den Anschluß an Bayern; so erklären Hamburg und Bremen, daß sie aufzuhören selbstständige Staatenrepubliken zu sein und in der deutschen Volksrepublik aufzugehen, womit sie eine bedingungslose, rein unitarische Lösung vorweg nehmen. Schleswig-Holstein wieder will sich als Sonderrepublik konstituieren, die beiden Mecklenburgs ebenfalls bedenken ihre Verbindlichkeit. Alles das geschieht aus eigenem revolutionärem Recht, ohne Rücksicht auf das Reich und ohne Zusammenhang mit der von der Reichsregierung geplanten und von ihr allein durchzuführenden Neuorganisation des ganzen Reichs.

Die Verfechter der alten Ordnung, besonders der Monarchie, wurden nicht müde zu versichern, daß die Abdankung des Kaisers und der Sturz der Hohenzollern die Auflösung Deutschlands bedeuten müsse. Diese Propheten sind arg überzeugt worden. Die Revolution zeigt ein mächtiges Erstarken der auf Reichseinheit gerichteten (unitarischen) Staatsmächte. Die Revolution ist eben von den Städten genutzt worden, deren Verdichtung, gleichmäßig ob Arbeiter oder Bürger, das gleiche elementare Interesse an der Lebenserhaltung des Reichs haben.

Über im Verlaufe der Revolution haben sich doch profilierte Erziehungen gezeigt, wie die oben geschilderten, die beweisen, daß trotz den vorhandenen unitarischen Tendenzen offensichtliche Objekte der Reichsregierung von lokalen Behörden noch eigenes Erreichen entschieden werden. Das Beispiel Bayerns zeigt sogar, daß diese Regierungen zu völkerrechtlichen Ältern übergehen und eigene Noten verfassen, damit auch ohne Rückicht auf das Reich eigene Verbindlichkeiten eingehn. Diese separatistische Aktion können noch gefährlicher werden, wenn sie mit dem politischen Umsturz Hand in Hand gehende soziale Bewegung in den verbliebenen Reichsteilen verschiedene Ergebnisse zeitigt. Wenn in Berlin der Bolschewismus triumphiert sollte, so muß dies noch nicht in Bayern der Fall sein. Gegenüber auf dieser Grundlage können zwar nur zu vorübergehender Zersetzung führen, aber die große Gefahr ist doch unverkennbar, daß sie einen zeitweiligen Erfolg des Deutschen Reichs noch zufrieden stützen, besonders da solche Strömungen von Frankreich nachdrücklich unterstützt werden. Die französische Regierung ist zu den alten Maximen der französischen Politik zurückgekehrt, die zum Unheil Deutschlands bei Heinrich IV. über Richelieu bis nach Napoleon Bonaparte prägt wurden und Frankreich den Aufbau eines Großreiches des deutschen Volkes eingebrochen haben: Die Magister des Teils und Herrscher.

Ein weiteres komplizitorisches Element tritt dadurch in Erscheinung, daß die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber der zu beruhenden Nationalversammlung noch nicht klar abgegrenzt ist, und daß sich daraus eine destruktive Parallelregierung zweier verchiedener geistig gebundener Gewalten entwickeln kann. Diese Gefahr ist so groß sie auch scheinen mög. vielleicht am leichtesten dadurch zu beobachten, daß die Vertreter, die von dem Vertrauen der Masse getragen, an die Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte berufen worden sind, durch ihre Amtsführung sich wahrscheinlich dieses ehrende Vertrauen erhalten und in die Nationalversammlung eintreten werden, wodurch eine Personalunion entsteht. Dadurch werden aufeinander Gegenkräfte gemildert oder ist keine ernst

Arbeiter- und Verwaltungskörper durch Einigung der sozialdemokratischen Parteien. Für ein solches Experiment sei jetzt nicht der richtige schwierige Zeit sein. Die Sozialisten wollen nicht einschlagen, sondern durch einen organischen Prozess die soziale Gesellschaft überleben. Die Revolutionierung gewisser Parteien möge in Interesse der Allgemeinheit, wobei Exportindustrie und Handel es beteiligt bleiben werden. Daß keine weitere Zeit, bei der die Zügel des Proletariats selbstverständlich kein ewiger Zustand sein kann, aber die Errungenschaften der Revolution müssen verankert werden.

Eine erste Aufgabe der in möglichster Kurze Zeit zu beruhenden Nationalversammlung wird darum sein, sofort die deutschen Volksrepublik eine neue Verfassung zu geben.

Die Verfassung der deutschen Volksrepublik darf nicht rein unitarisch sein. Steiermark läßt sich nicht aus Berlin aus verwöhnen. Die bayerische Verfassung wird die Schulgebürgschaft nicht einem Reichsunterrichtsminister übertragen wollen, sondern ihr Selbstbestimmungsrecht behaupten. Wien und Dresden werden auf eigene Parlamente nicht verzichten wollen.

Auf der anderen Seite beweist die soziale Gliederung der lokalen Gewalten, daß die bisherige verwaltungsfähige Gliederung Deutschlands überhol ist. Kein vernünftiger Mensch wird begreifen, warum Württemberg ohne inneren Grund in eine Unsich von Kleinstaaten zerstückelt sein soll. Viele Reformen, die jetzt in dem Drange der für überzeugenden Ereignisse auf eigene Faust vorgenommen wurden und zu einem großen Teile sehr vernünftig sind, werden dann von der Reichsregierung unter Schonung aller Interessen bestätigt werden. Vor allem aber wird es nötig sein, Brechen, das keinen überzeugenden Staatsrepräsentanten Einfluß und keine geschäftliche Rolle eingeübt hat, in große autonome Verwaltungsbezirke aufzulösen, die neben den andern Bundesstaaten gleichberechtigt stehen.

Ein weiteres Problem, das zu lösen ist, ist in diesem Zusammenhang nicht unbedeutend, das aber ebenfalls rechtliche Überlegung wert ist, kann sich auf dem Munde der Bundesstaaten entwickeln, neben der den reinen Unitarismus föderativen Nationalversammlung ebenfalls ein neues Selbstbestimmungsrecht zu beanspruchen, um ihre Sonderinteressen wahr zu stellen. Eine solche Regelung dürfte sich maßgeblich auf die zu erhoffende Annäherung durch Österreich als nötig erweisen und kann schon deshalb in entgegengesetztem Sinne gelöst werden, weil die bündestaatlichen Parlamente nicht mehr Herde der Reaction, sondern auf Grund des freien Wahlrechtes der Welt gewählt sind. Selbstverständlich darf ein solches Verlangen nicht die ausdrückliche Souveränität der konstituierenden Nationalversammlungen schmälen, die aus eigenem Recht bestimmt, in welchem Maße dieser Mutsch zu erfüllen ist, wenn er — was sicher — gescheit — geäußert werden sollte.

Scharfer Einspruch gegen den Bolschewismus.

Krefeld, 25. November. In einem Telegramm des Reichstags der 4. Armee an den Reichskanzler Scherf heißt es u. a.: In Berlin wird das Gericht verbreitet, die 4. Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Minderheit, der Volksbewaffnung, verhindern, verstanden wird, so deutet sich dieses Gericht mit den Tatsachen. Die 4. Armee wird jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen, und erwartet die allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Scherf.

Der Soldatenrat der 4. Armee spricht im Namen der 500 000 Frontsoldaten. Er wendet sich gegen die Machtbehörden der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Frieden ins Land zu rufen. In unmittelbaren Kundgebungen wurde dem Reichskanzler klar gelegt: die Front will der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlangt, in Berlin zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen, und erwartet die allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Scherf.

Der Soldatenrat der 4. Armee spricht im Namen der 500 000 Frontsoldaten. Er wendet sich gegen die Machtbehörden der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Frieden ins Land zu rufen. In unmittelbaren Kundgebungen wurde dem Reichskanzler klar gelegt: die Front will der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlangt, in Berlin zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen, und erwartet die allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Scherf.

Berlin, 25. November. Der Allgemeine Soldatenrat für das Kaiserreich lädt an den Staatssekretär Scherf ein. Ein Telegramm, worin er erklärt, daß er sich unzweckmäßig auf den Standpunkt der Ablehnung jeder wie immer gearteten Nationalversammlung stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die einzige berechtigte verfassunggebende Macht ansieht, die geeignet ist, den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Protest gegen Berlin.

Nürnberg, 26. November. Außer der gesamten bayerischen Bevölkerung erhebt auch die sozialistische Frankfurter Zeitung einen Einspruch gegen die Diktatur des Proletariats, das die Herrschaft Deutschlands probiert und die Revolution den Sozialen unter seinem Gewicht zu unterwerfen sucht. Wilhelm II. genug und wollen nicht leicht Kapitulation machen, die gegen sie gerichtet ist. Sie haben es nicht verdient, daß sie über Deutschland gebieten lassen.

Lansing über Deutschlands Nahrungsmittelversorgung.

Berlin, 25. November. (Kurzlich). Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der französischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser am 1. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in dem ersten Kriegsrat in Versailles in einem einhellige[n] Entschluß den Völkern der Mittelwelt zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und um die traurige Not zu lindern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Zielwerk in verschiedener Weise systematisch zu organisieren, wie es im Falle Belgien geschehen ist.

Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es durch die Verwendung der brach liegenden Flächen der Mittelmächte absehbar ermöglichen seien, die bedrängten Bevölkerungen der Mittelmächte die Zukunft vor zuverlässigem Elend zu nehmen und ihre Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenüberstehe[n]. In diesem Sinne beauftragte mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen, und diese Forderung mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgeachtet, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die wesentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel ungweifhaft garantiert wird.

(W. T. B.)

ges. Lansing.

An die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Die gewaltige politische Umstaltung, in der sich gegenwärtig Deutschland befindet, steht zwei hohen Zielen zu: der Demokratierung und der Sozialisierung unseres Staates. Damit würde dieses in Bahnen gelegt, auf denen die deutschen Konsumgenossenschaften bisher schon ihrem inneren Leben und ihrem Vorwärtsentwickeln wenden, bedarf würde auch das Staatswesen mit dem Geist erfüllt, der die Konsumgenossenschaften sieht und in all ihren Handlungen bestimmt.

Wird Deutschland künftig als Quelle eines echten demokratischen Selbstverwaltung und zufriedenstellender, planmäßiger Sozialisierung leben, bedeutet das eine Entwicklung, die geeignet ist, die schönen Hoffnungen aller überzeugten Konsumgenossenschaften der Verwirklichung bald näherzubringen. Sie werden es mit Freuden bezeichnen, wenn die Genossenschaftsbewegung bei leitende Gedanken unserer künftigen Staatsordnung wirkt, überzeugt, daß diese den Idealismus freien und in freiwilliger Unterordnung jedes einzelnen unter dem Gesamtmühl gleichmäßigen Volkes mehr entsprechen wird als die alte, auf Despotismus, Elong und Unterdrückung beruhende.

Mit allen ehrlichen und uneigennützigen Freunden des deutschen Volkes hoffen wir auf ein neues Reich, in dem die freie Existenz aller Kräfte im Dienste der Allgemeinheit und ihre gewünschte Zusammenfassung zur Errichtung großer Ziele durch die Verfolgung ermöglicht und gesichert ist.

Vor uns liegt aber eine hohe und gefährliche Lebensaufgabe und für folgend, die arbeitsame Zeit, das Volk vor geistige[n] und körperliche[n] Aufgaben stellende Zeit des Wiederaufbaus und Aufbaus unserer gesamten Volkswirtschaft.

Den verantwortlichen Verwaltungen der Konsumvereine ist ein holdes Gut, eine Organisation von unterseinem Ausmaß nicht vertreten. Flüchtige Szenen würden sie handeln, wenn sie nicht ihr alles daransehen würden, diesen Schatz unverloren für eine zukünftige, gewordene Nutzen zu erhalten und zu veredeln. Sie müssen sich der hohen Bedeutung ihres Amtes bewußt bleiben und dürfen sich in keiner Weise verflüchten durch nichts wortend werden lassen. Das wird Ihnen gelingen, wenn Sie erfüllt sind von einem „Antreten“ in die Macht und Stärke der Konsumgenossenschaften Deutsches, das wir Ihnen vor fast 4% Jahren als feierliches Bildhauß ihres Wirkens beigebracht.

Stellt also auch uns eure Konsumvereine in den Dienst des Volks auch in diesen bewegten Tagen seiner Geschichte! Ihr seid Mitglieder und Diener dieses Volks, das sich aus hoher Rasse wieder zum Licht emporkriegen muss und will. Doch auch durch Entschluss und töde[n] Erfahrungen, die nicht ausbleiben können, nicht scheuen! Vor nicht so langer Zeit nehmen, weil es Goldmünzen zu mehren galt. Ihr seid die herrenlosen Organe für die weise und gerechte Ordnung der Lebensmittelversorgung, ihr leitet Organisationen, die für die künftige Ernährungsversorgung vorbildlich sind. Was hat euch bisher den erbührenden Sinn leicht gemacht; werdet ihr und lasst euch nicht verblühen! Bei allem aber, was ihr plant und unternehmet, gebt einen bedeckten genossenschaftlichen Standard! Ihre strenge Wachttürme fördert den Atem, den ihr verfolgt, und beschützt euch die Kraft, das Ziel zu erreichen.

Siehst du die Herrenen! Gehört die Anteile! Verlassen ist, wer sich auf fremde Mittel verläßt. Schafft eigene Mittel!

Geachtete Mitglieder! Gebt sie begreifen, daß Mangel nur im Überschreiten der Ressourcen ist! Und noch sehr euren Gentlemen die Kreisel!

Vor allem berechtigt auch nicht, daß die Bewunderung der Demokratie mehr noch als die Handlungen, die und die furchtbare Kriegsschärfte drohte, den Menschen mit für eine wirtschaftlich unbedeckte gesellschaftliche Bedingung! Werde die Tore weit und einer Hand geradem, doch jeder Vollzugsbeamte, den ethische Rechtfertigung und wirtschaftliches Bedürfnis zu euch treibt, den Gunnang auch und den gefährlichen Platz in eurer Mitte findet! Wie im demokratisierten und sozialisierten Volkstaat alle Vollzugsbeamten mindestens sollen an der Gestaltung der Justiz und mitgewirken an Urteilen gemeinsamer Wirkung, so soll auch in der Genossenschaft Raum für alle sein, wie wir es immer wollten, und gleiches Recht für alle an ihrem Leben noch unverkennbar demokratische und soziale Grundlagen.

Gott mit jeder Bestürzung! Die Stunde ist zu ernst, die Zeiten, die uns auferlegt werden, sind zu schwer, als daß wir uns selbst dörren, verschwindenberlich mit Gott, Staat und Mutterland umzutun, als daß wir noch versuchen könnten auf die Einheitsfeindschaft der Organisation der Verbündeten. Rechte für Sentimentalitäten, auch für persönliche Liebhaberei und Rechtschaffenei ist nicht Raum.

Von der Geschäftsführer, der zahlen Abrechnung und der Gewinnabrechnung der Konsumvereinsverbände in den französischen Regionen nicht ausreichend viel abzugeben — Wollteidig die ganze Zukunft

unserer Folgen, hilfenden Bewegung. Wie wollen, daß sie nicht Gefangen aufrechterhalten bleibt. Deutscherseits sind daher die nötigen Schritte unternommen worden, durch Vermittlung sowohl der niederländischen Regierung als auch durch den Kapitän dieser Standpunkt bei der britischen Regierung vertreten zu lassen. Es erscheint als ein Gebot der Menschlichkeit, in den Ententestaaten zum mindesten die Heimbekehrung der französischen und verwandten deutschen Kriegsgefangenen sowie der nicht wehrpflichtigen Civilpersonen fortzuführen, und für die zurückbleibenden eine angemessene Behandlung zu sichern.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine.
Heinrich Kaufmann, Hugo Bäcklein.
Die Großhandelsfirma deutscher Konsumvereine.
A. Seifert, H. Borch, G. Berger, A. Thumann,
H. Behold.

Die Friedensbedingungen Japans.

In diplomatischen Kreisen in Washington erklärt man, daß die japanischen Friedensbelegungen folgende sieben grundlegende Friedensbedingungen vorschlagen werden: 1. Übereinkunft mit England wegen Freiheit der Meere. 2. Sympathie mit dem Bunde der Verbündeten, die kleinen Nationen zu schützen. 3. Anerkennung der Neutralität für Japan, die Ordnung in Sibirien zu schützen. 4. Anerkennung von Japans finanzieller, kommerzieller und industrieller Einflussphäre in China. 5. Dauernde Besetzung von Kiautschou. 6. Japanisches Protektorat über die Mariannen-Inseln, die Carolinen und andere deutschen Inseln des Stillen Ozeans. 7. Auf Gegenseitigkeit beruhende rechtliche Gleichstellung für japanische Bürger in der ganzen Welt. (W. T. B.)

Friedensverhandlungen oder Diktatur?

Frankfurter Blätter melden: Wie allgemein bekannt ist, werden die Alliierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Man hält es nicht für unmöglichlich, daß es in Deutschland zu größeren Unruhen kommt. Sollten die Bolschewiki in Deutschland die Oberhand gewinnen, würde die Besetzung größerer Teile Deutschlands einschließlich Berlins unvermeidlich sein.

Deutsches Reich.

Der Aufmarsch der Parteien zur Wahl der Nationalversammlung.

Soweit sich die Parteienengruppierung infolge der Revolution bisher übersehen läßt, werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung sich folgende Parteien zur Entscheidung vor die Wähler stellen:

Socialdemokratische Partei: Ebert, Scheidemann, Knoblauch, Sozialdem. Partei: Saal, Ledebour, Spartakusclub: Liebknecht, Rosa Luxemburg
Deutsche Demokratische Partei: Max Weber, Rösler, Theodor Wolff, v. Radowitz (in der Hauptstadt die frühere Fortschrittliche Volkspartei)
Deutsche Volkspartei: Friedberg, Stresemann, Wiemer, Rospich, (in der Hauptstadt die früheren Nationalliberalen)
Christlichdemokratische Volkspartei: Erzberger, Weißer (das frühere Zentrum)
Deutsch-nationale Volkspartei: Behrens, Philipp, Werner, v. Winterfeldt-Wentz (in der Zusammensetzung die früheren rechtsstehenden Parteien, bei letzterem Herabtreten der Christlich-Sozialen).

Wie man sieht, haben es alle bürgerlichen Parteien für angebracht gehalten, sich einen neuen Namen zu geben und ihr Programm nach Möglichkeit zu modernisieren. — Ob es helfen wird?

Sammlung von Waffen und Ausrüstungsstücken.

Berlin, 25. Nov. Als A.- und S.-Äste werden gebeten, Waffenschriften zu treffen, daß alle Waffen und Ausrüstungsstücke, die auf Bahnhöfen und anderen Orten von den Truppen oder von einzelstehenden Heeresangehörigen niedergelegt oder abgegeben worden sind, gesammelt, bewahrt und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Artillerieregiment zugeführt werden. Die Ausführung dieser Weisung wird große Werte dem Volksvermögen erhalten.

Unterstaatssekretär Göhre, i. R. Reinhardt.

Desarmierung der Kriegsschiffe.

Berlin, 25. November. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird die Desarmierung der in Wilhelmshaven, Cuxhaven und Bremerhaven liegenden Kriegs- und Hilfskriegsschiffe heute abend durchgeführt sein. Die Desarmierung in der Augsburg, Brunsbüttel, Hamburg und in der Elbe liegenden Kriegsschiffe ist demnächst zu erwarten. Der Dampfer Kurt Wittenmann vom 8. U-Bootstaffel ist auf dem Rückweg von England nach Kiel unterwegs. Die 8. U-Bootstaffel, bestehend aus 25 U-Booten im Geleit des Kampfers Scharnhorst soll am 25. morgens von Helgoland nach England in See gehen. Die in Kielström und Helsingborg interniert gewesenen U-Boote werden vornehmlich die 8. Staffel der abgerückten U-Boote bilden. Begleitet einige in Hamburg liegenden, bereits abgerückten U-Boote wird die Entfernung des Admirals Bräuer noch erwarten. Auch in der östlichen Ostsee ist der Übertransport des Marinepersonals und des Materials bereits in vollem Gange. Der Transport erfolgt über Got. (W. T. B.)

London, 26. November. Heute um 9 Uhr fuhrten Briten einheiten der englischen Flotte nach Kiel ab, darunter eine Flottille von Minenfischern, die nach Kopenhagen fuhren, um die Sondurchfahrt von Helsingör nach Kiel für größere Schiffe, die folgen werden, zu machen.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 25. November. Durch den Waffenstillstandevertrag ist die allabendlige Freigabe sämtlicher in deutscher Hand befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ohne Begrenzung bestimmt worden. Einheitlich der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen sind zugleich sämtliche Abmachungen mit Einschluß der soeben ratifizierten deutsch-englischen Gefangeneneinzelvereinbarung vom 14. Juli für ungültig erklärt worden. Die britische Regierung verzerrt die Auffassung, daß diese Vereinbarung dadurch abgeschafft von der darin vorgesehenen Entlassung der in neutralen Ländern Internierten, bisfällig geworden ist. Doggen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß die Veränderung, die auch die Heimbeförderung aller Zwangsreisenden festigt, inzwischen und in den Bestimmungen über die Behandlung der

verschiedensten Kriegsgefangenen aufrechterhalten bleibt. Deutscherseits sind daher die nötigen Schritte unternommen worden, durch Vermittlung sowohl der niederländischen Regierung als auch durch den Kapitän dieser Standpunkt bei der britischen Regierung vertreten zu lassen. Es erscheint als ein Gebot der Menschlichkeit, in den Ententestaaten zum mindesten die Heimbeförderung der französischen und verwandten deutschen Kriegsgefangenen sowie der nicht wehrpflichtigen Civilpersonen fortzuführen, und für die Rückbleibenden eine angemessene Behandlung zu sichern.

Berlin, 26. November. Die deutsche Waffenstillstandscommission teilt mit daß die Rückkehr der französischen Soldaten unter dem 23. November im allgemeinen durchgeführt war. Nur einzelne kleinere Transporte aus Nord- und Süddeutschland waren infolge Wogenmangels noch unterwegs.

Die Friedensverhandlungen beginnen erst im Januar.

Genf, 25. November. Nach einer Meldung des Echo de Paris sollen die Vorberiedensverhandlungen erst Ende Januar beginnen. Die Unterzeichnung wäre dann gegen Ende Februar zu erwarten.

Einstellung der Streiks in Oberschlesien.

Wittenberg, 26. November. Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien ist beendet. Gestern und fast alle Belegschaften eingefahren. Am Abend wurde die Einigung festgestellt.

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsische Gesandtschaft in Prag?

Die sächsische Regierung hat die Absicht, in Prag eine eigene Gesandtschaft zu errichten. Es ist in Dresden noch unbekannt, ob der tschechischen Regierung die Errichtung einer lokalen Vertretung genehmigt ist; eine Antwort auf die sächsische Anfrage in Prag steht noch aus. Die Gesandtschaft hat den Zweck, Beziehungen wieder anzufangen oder neu einzubauen. Zur Zeit kommen als besonders dringlich nicht nur sozialrechtliche Fragen über die Behandlung der Deutschen in Böhmen und der Tschechen in Sachsen in Frage, sondern auch die Lebensmittel- und die Industriefrage. Eine ist jedoch gleichzeitig wie die andre. Sachsen hat im Jahre monatlich 160 000 Tonnen böhmischer Braunkohlen bezogen, die seine Industrie natürlich nicht entbehren kann, zumal zahlreiche vorhandene Anlagen nur die Verwendung von Braunkohle gestatten.

Gründung eines Sächsischen Offiziersbundes.

In einer am 23. November 1918 tagenden Versammlung zahlreicher Offiziere wurde die Gründung des Sächsischen Offiziersbundes beschlossen. Die Ziele des Bundes wurden in folgender von der Verfassung angenommener Entschließung festgelegt:

Der Bund stellt sich auf den Boden des neuen Deutschlands. Er unterstützt jede Regierung, die Sicherheit und Ordnung zum Wohl des gesamten Volkes verbürgt und trifft ein für baldige Einberufung der Nationalversammlung. Er übernimmt es, die Interessen aller Heeresangehörigen im Offizierscorps des alten, inaktiven und Verlaubtenstandes und deren Angehörigen einschließlich Offizieren und Waffen zu wahren und zu verteidigen. Er hält es für seine weitere Aufgabe, mitzuarbeiten an der Fürsorge für alle Heeresangehörigen, auch Unteroffizieren und Mannschaften, insonderheit für Feldzugsteilnehmer.

Beitrittsanträge und Anträge sind vorläufig zu richten an: Hauptmann Nob, Dresden-L., Reichenbach. 4.

Das Ergebnis der Wahlen zum Arbeiter-Rat.

Bei der am Sonntag den 24. November erfolgten Neuwahl des Arbeiterrats wurde insgesamt 129714 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf Wahlvorschlag 1) 117 566, auf Wahlvorschlag 2) 8440 Stimmen; ungültig waren 2414 Stimmen. Döhren und Tharandt mit 1294 Stimmen schrieben aus, da das Wahlprotokoll nicht rechtzeitig eingingen ist. An gültigen Stimmen wurden 126 006 abgegeben. Es entfallen demnach auf den Vorschlag 1) 47 Vertreter und auf den Vorschlag 2) 3 Vertreter.

Sächsische Soldaten für die Nationalversammlung.

Beim Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden lief folgendes Telegramm aus Baden-Baden ein:

Der Soldatenrat der unterzeichneten sächsischen Frontdivision, die sich auf dem Durchmarsch durch Baden auf dem Wege zur Heimat befindet, spricht der sächsischen Regierung, die sich der Reichsregierung unter Ebert anschließt, einstimmig sein vollstes Vertrauen aus und verspricht einstellige Unterstützung derselben. Die Fronttruppe verlangt tägliche Mitwirkung an der zukünftigen Gestaltung Deutschlands und protestiert schärfstens gegen Bestrebungen, wie sie sich in Berlin breitmachen, die Nationalversammlung zu hinterreiben.

Soldaten der 96. sächs. Inf.-Division Große, Herbst, Christoph, Schmitt.

Letzte lokale Nachrichten.

Sämtliche auf dem Wahlvorschlag 1 aufgeführten Genossen und Genossinnen werden zu Mittwoch den 27. November, nachmittags 3 Uhr, zu einer Sitzung im Ständehaus, Sitzungssaal der 1. Kammer, eingeladen.

Der Bezirksvorstand der Soz. Partei.

Stadt-Chronik.

Die Invalidenrente der Kriegsbeschädigten.

Ein ziemlich rigoros Vorgehen scheint die Bandesversicherungsanstalt gegenüber den Kriegsverletzten zu beobachten, wie der nachstehende Fall zeigt. Der 48 Jahre alte Maurer Mr. hatte wegen einer am 4. September 1915 im Felde erlittenen Verwundung — Verlust des linken Oberarmenkels — Krankenrente zugeschlagen erhalten. Der Mann ist vom Militär zu 75 Proz. erwerbsunfähig entlassen worden. Im Oktober 1916 hat er ein fünfjähriges Renten erhalten und zwei Monate später, im Dezember 1916, wurde ihm die Rente schon wieder entzogen (11), weil der Einbeinige nach Ansicht der Versicherungsanstalt nun nicht mehr invalide sein sollte. (11) Die Versicherungsanstalt hat sich auch das Versicherungsamt auf den gleichen Standpunkt gestellt und dies damit begründet, daß Mr. jetzt die elterliche Wirtschaft nach dem Tode seines Vaters allein leite. Das Oberversicherungsamt hat auf die Beurteilung des Mannes, der angibt, daß er noch große Schwierigkeiten am Beinbein habe und seinem früheren Berufe nicht mehr nachgehen könne, noch ein Urteil getragen. Darauf wird gefragt, daß, wenn noch ein Druck auf die Bruststelle stände, dies bei der Frage der Invalidität einer Verletzung zu bleiben habe. Es müsse dann eben eine Revision des kürzlichen Beines stattfinden (was Sache der Militärärzte ist), erst dann könnte überhaupt eine Gewährung an den Verlust des Beines eintreten. Das bereits jetzt eine Gewährung eingereichten sei, stellt der Sachverständige ganz entweder in Abrede. Um einer Beurteilung zu entgehen, erklärte sich der Vertreter der Versicherungsanstalt bereit, dem Kläger bis auf weiteres die Krankenrente weiter zu gewähren.

Der Maurer Mr. bezog wegen Erwerbsunfähigkeit infolge Verwundung (Verluste der linken Hand und d. s. rechten Gutes) seit 20. April 1916 ebenfalls Krankenrente in Höhe von jährlich 163,80 M. Auch diesem Manne wurde am 1. September 1918 die Rente entzogen, weil er, obgleich in seinem Zustande keine Verletzung eingesetzt war, noch einem verhältnismäßig guten Gesundheitszustand des Dr. Linow nicht mehr als invalide gelten sollte, da „Gewöhnung“ angenommen werden müsse. Auf die Beurteilung des Verletzten wurde noch ein anderer Arzt gehört, der gleichfalls Invalidität nicht mehr anerkannete, weil selbst beim Verlust der ganzen linken Hand nur eine 50prozentige Rente gewährt werde, der Kläger aber immer noch besser gesetzt sei. Mr. hat hierzu bemerkt, daß er 14 Tage lang in einer chemischen Fabrik gearbeitet habe, dann habe er es vor Beischwerden nicht mehr aushalten können. Um sich über Wasser zu halten, dat er nun ein kleines Geschäft aufgemacht, wo ihm seine Frau mit hilft. Das Oberversicherungsamt folgte in diesem Falle den beiden Gutachten und verwahrte die Beurteilung, so daß es bei der Rentenentziehung verblieb! —

Die Wohlfahrtspolizeibeamten

hielten am Sonnabend den 23. November eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in der der Landtagsabgeordnete Otto Nölke ein Bild der gegenwärtigen politischen Lage gab. Die Versammelten hinnahmen keinen Ausführungen äußerlich zu.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung ergriff der Vorsitzende, Kollege Richard Uhlig, das Wort und kennzeichnete mit tiefen Worten das bisher bei der Polizei besonders beliebte System der Bevormundung. Der Polizeibeamte sei bisher der unfehlbare Mensch gewesen, der nicht nur im Dienst, sondern auch außerhalb desselben nur tun durfte, was ihm seine vorgesetzte Behörde erlaubte. Dieses System der Bevormundung müsse unter allen Umständen beendet werden. Der Redner forderte ferner, daß die Polizeibeamtenhaft bei Freiliegung des Dienstes, bei der Wahl der Vorgesetzten und Einstellung von Beamten mitzubestimmen habe. Die Disziplin soll aufrechterhalten werden. Sie soll aber nicht im blinden Gehorram bestehen, sondern auf gegenseitiger Achtung beruhen. Der Dienst soll nach wie vor in reinlichster Weise erledigt werden zum Wohl der Allgemeinheit.

Nachdem noch einige Kollegen die vorhandenen Mängel und Missstände, die überlangen Arbeitszeit usw. gezeigt hatten und deren Abstellung forderten, unterbreitete Kollege Rich. Uhlig der Versammlung eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, sich von jetzt an auch politisch zu betätigen und mitzuwirken an der Errichtung eines neuen freien Staatswesens.

Resolution:

Die Wohlfahrtspolizeibeamten betrachten sich als freie Bürger eines freien Staatswesens. — Die Ausübung ihres schweren und verantwortungsvollen Dienstes darf nicht durch unnötigen Drill, barbare Behandlung oder überflüssige disziplinarische Bestrafungen erschwert werden. — Die Dienstordnung ist baldmöglichst zu revidieren. Alle Einschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte und Freiheiten haben zu unterbleiben. — Das Recht auf außerdiplomatic, corporative Beauftragung der Beamten in wirtschaftlichen und politischen Vereinen ist anzuerkennen. Auf die politische Meinung und Meinungsfreiheit der Beamten darf keinerlei Zwang ausübt werden. — Die Versammelten fordern ferner das Recht der Einsichtnahme in die Personalakten und die Reuregelung des gesamten Dienstes, weiter die Beleistung aller den Wohlfahrtspolizeidienst erschließenden Nebenarbeiten, die Neuordnung der Gehalts- und Urlaubsvoraussetzungen, Mütterleistungsberechtigung bei der Wahl des Oberaufseher und Antiposten, sowie Mütterleistungsberechtigung bei Einstellung von Belegschaftsmitgliedern.

Die vorhandenen Hilfsämter sind mit den im gleichen Dienststalter befindlichen Beamtenbürokraten in Gehalt und sonstigen Vergügen gleichzustellen und bei Neuinstellung von Belegschaftsmitgliedern vor allem zu berücksichtigen. Soweit sie nicht in ihre früheren oder ähnlichen Stellungen zurückkehren können, sind sie ihrer Besoldung entsprechend in anderen Ämtern zu beschäftigen. Die bisherige Dienstzeit ist bei der Entstellung anzunehmen.

Die Neuordnung der gesamten Dienstvoraussetzungen sowie der Durchführung aller anderen Forderungen geschieht durch gewählte Beauftragte der Wohlfahrtspolizeibeamten und Hilfsbeamten, die verpflichtet sind, deren Rechte nach jeder Richtung hin zu vertreten.

Die Bekleidung der zur Entlassung kommenden Soldaten.

Das Stell. Generalkommando 12 erlässt im Einvernehmen mit dem Vereinigte revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat folgende Belohnung:

Um zu verhindern, daß bei Entlassungen der einzelne und die Gesamtheit des Volkes durch Mehrempfänge von Bekleidungsstücken geschädigt werden, ist bestimmt worden, daß in die Entlassungspapiere genaue Angaben der Art und die vorgekennzeichnete Stückzahl der empfangenen Bekleidungsstücke eingetragen werden.

Unmöglich ist die Ausstattung eines jeden mit nur neuen Stücken, da bei weitem derartig grohe Vorräte nicht vorhanden sind. Die Heimatruppen werden meistens Anlässe in ihrem Besitz haben, die den Anprüchen eines Entlassungsantrages unter den obwaltenden Verhältnissen genügen müssen. Die Feldtruppen, bei denen naturgemäß ein größerer Verbrauch der Bekleidungsstücke stattgefunden hat, sind in erster Linie zu berücksichtigen. Sie müssen auch bei nötigem Umtausch mit ausgegebenen Stücken vorlieb nehmen.

Es ist zu hoffen, daß jedermann so einfältig ist, sich mit diesen unbedingt nötigen Maßnahmen aufzudenken zu geben. Er braucht ja einerseits nur an die riesige Menge der Millionen zurückkommender Krieger, die alle befehlt sein wollen, zu denken, andererseits an die seit den Kriegsjahren herrschende Stoffknappheit und den Arbeitermangel. Der Entlassungsantrag soll, wenn er in Uniform verbrochen wird, aus solchen Stücken bestehen, die der Mann bereits besitzt. Untausch dieser Stücke ist nur gestattet, wenn sie unbrauchbar oder verlaufen sind. Der Mantel darf nur schwere mitgegeben werden. Zwangsweise beläßt die Haarsiedlung.

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Der Einstellungszwang für Kriegsbeschädigte ist in den nächsten Tagen zu erwarten; somit dürfte auch in dieser Hinsicht für die Kriegsbeschädigten gefordert sein, im übrigen darf wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß alle Betriebe, die ja ohnehin schon angewiesen sind, Entlassungen überhaupt nicht vornimmen, die Kriegsbeschädigten nach wie vor weiter beschäftigen. Die Kriegsbeschädigten können überzeugt sein, daß die neue Regierung alles tun wird, um ihren Wünschen gerecht zu werden. So ist beabsichtigt, dem Gedanken näherzutreten, die jetzt steigenden Wiederholungsbeträge für fiktiven Güterverkauf, so weit sie in Staatseigentum übergehen, zu Entlastungsstätten für Kriegsbeschädigte zu benutzen. Die Kunden offizielle Spende für Kriegsbeschädigte erhalten. Die Mittel dieser Spende sollen zur Milderung der äußersten Not in den nächsten Wochen in weitestem Umfange herangesogen werden. Weitere Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Kriegsbeschädigten sind im Gange.

Eisenbahner-Versammlung.

Zu einer imposanten Kundgebung für die alte Sozialdemokratie gefärbte sich die am 22. November von Deutschen Eisenbahnerverband nach dem Tivoliabast einberufene Versammlung. 2500 Eisenbahner aller Dienstgrade hatten sich eingefunden. Genosse Wirth, Vorsitzender Beisitz über den Stand der Revolution und Stellungnahme der Eisenbahner dazu. Durch den Ausbruch der Revolution viele Menschen aufgezogen an die Sozialdemokratie herangetreten. Nur gelte es, die selben zum Wohl des Volkes zu bewegen. Dazu bedürfe es aber der Mitarbeit jedes einzelnen. Auch den Eisenbahner sei es jetzt möglich, sich öffentlich zu betätigen. Bittere Stunden lieben der Arbeitertat bevor, da gelte es Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Für die elenden wirtschaftlichen und dienstlichen Verhältnisse, die in der Krisiszeit ausgiebig behandelt wurden, stand Genosse Wirth als ehemaliger Berufssoldat tief empfundene, teilnahmsvolle Worte. Diefeldern zu erleichtern und zu verbessern, sei er unermöglich und erfolglos bemüht. In ferner Zeit würden durch Einführung des Achtstundentages, höhere Entlohnung und Bewertung der Rechtschicht, Abschaffung der Altkordonate usw. Erleichterungen eintreten. Diese zu erhalten und weiter auszubauen, müsse die Aufgabe aller forschtlich denkenden Eisenbahner sein. Mit der Aufrichtung zu roger Werbearbeit für den Deutschen Eisenbahnerverband schloß die Versammlung.

Einwechseln von fremden Geldsorten.

Das Kriegsministerium hat mit dem Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und einer großen Anzahl von Banken ein Abkommen getroffen, demzufolge den befreiteten deutschen Soldaten die in fremden Geldsorten erhaltenen Geldsummen an den Schaltern dieser Banken kostenfrei zu den amtlichen Militärtäschentüren eingewechselt werden.

Das Kriegsgericht in neuer Gestalt.

Die erste Gerichtszeitung nach Belebung des alten militärischen Systems hielt das Dresdner Oberkriegsgericht des 12. Armeecorps ab. Wo unter den alten Verhältnissen bei diesen leider nicht immer öffentlichen Sitzungen die fungierenden Richter in glänzenden Uniformen erschienen, sieht man jetzt Männer in Zivil ihr Amt ausüben. Die Angeklagten stehen also nicht mehr vor Offizieren in Uniform. Schön dieser Umstand dürfte bei ihnen das Gefühl der Gefangenheit, wie es früher oft genug erfassbar war, erheblich beeinflussen. Die Zusammensetzung des Gerichts erfolgt gegenwärtig noch nach den alten Bestimmungen, jedoch soll auch hier eine durchgreifende Neuerung vorgenommen werden. Im Namen des Königs werden die Urteile nicht mehr gesprochen.

Diebstahl von Postpäckchen in größerer Anzahl legte die Anklage der 19jährigen ehemaligen Postausbezirker Frieda Walli Mietz zur Post. Sie war seit Anfang Mai bei einem kleinen Postamt angestellt und hatte öfters Nachtdienst wobei sie viel allein war. Diese Zeit benützte sie, um Pakete zu öffnen und sie eines Teiles ihres Inhalts zu beschaffen. Dazu wählte sie Pakete aus, die von betrogenen bekannter Manufakturwarenfirmen aufgegeben waren. Sie stahl Kostüme, Mantel, Mantelskleider, seidene und Stoffblusen u. a. m. Der Gesamtwert der entwendeten Gegenstände beträgt über 1000 M. Die noch nicht bestraft Angeklagte war voll gesändig und wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Private Gutscheine. Bei den städtischen Kosten und der Strafsumme werden auch die mit Genehmigung des Ministeriums des Innern von einer Anzahl angehörenden Industriefirmen ausgegebenen Gutscheine in Zahlung genommen.

Entlegerung eines Dampfers. Mit Rücksicht auf die Betriebseinrichtungen der Straßenbahn hat sich die Sächs. Böhm. Dampfschiffahrtsgesellschaft bereitgefunden, von heute an außer dem nachm. 4 Uhr ab verkehrenden Dampfer bis auf weiteres noch einen Dampfer abends 6.30 Uhr ab Dresden, Zerosenufer, nach Pillnitz verkehren zu lassen.

Die Einwohnerzahl der Verbandsgemeinden wird hierauf aufmerksam gemacht.

Kriegsdividenden. Der Aussichtsrat der Schäßb. Werkzeuge A.-G. Dresden, hat beschlossen, der zum 20. Dezember überstehenden Hauptversammlung die Verteilung von wieder 20 Proz. auf die Vorzugsaktionen und von wieder 15 Proz. auf die Stammaktien vorzuschlagen. — Die Radebuler Guh- und Emailierwerke vom Gebr. Geßler A.-G., Radebuler, werden 16 Proz. Dividende verteilen.

Bodenammeineinbruch. In der Zeit vom 21. bis 24. November wurden aus einer verschlossenen Bodenamme im Hause Möhnerstraße 32 Betten und Frauenkleidungsstücke im Werte von etwa 1000 M. gestohlen.

Richtigstellung. In dem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung ist ein Irrtum unterlaufen. Der Ortsverband der alten sozialdemokratischen Vereine Dresdens hat nicht beantragt, daß der Wein den befehlenden Soldaten in Form von Suppen gereicht werde, sondern er hatte vorgeschlagen, man möge den Truppen an Stelle des Weines ein „warmes Mahl“ bieten. In Bezug auf den Wein aber ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß er den Kriegsläufen, Krankenanstalten und Lazaretten zur Herstellung von Suppen und Speisen überreichen möchte.

Mut der Umgebung.

Deutsch-Reußen. Die am Sonnabend im Müller's Gasthof abgehaltene Versammlung nahm einen sehr glänzenden Verlauf. Genosse Lehmann sprach über: Die Revolution und die Fortsetzung der Sozialdemokratie. Redner verstand es, durch seine Ausführungen die Zuhörer mit sich fortzutragen; dies bewies der Besuch, der den Reußen am Ende seiner Rede mitteilt wurde. Einige interessante Mitteilungen machte der Matrosensträger, der die wichtigeren Werke in Kiel schautete. An diese Versammlung schloß sich die Wahl eines Arbeiterrates. Gewählt wurden die Genossen Karl Schlinger, Max Wedmann, Richard Fischer, Karl Spida und Max Vogel.

Potschoppel. An Stelle von Butter kann auf Abschnitt P der Brotbrotfläche in der Butterhandlung für deren Kundenliste der Kätenhaber eingetragen in 1/2 Pfund Margarine zum Preis von 20 Pf. entnommen werden.

Gittersee. Diejenigen Einwohner, die noch keine Kartoffeln auf A- und B-Märkten erhalten haben, wollen sich bis zum 27. November im Gemeindeamt melden. — Mittwoch den 27. November Verteilung von Getreide um 1/2 Pfund an die abgelegenen Fleischkartenabnehmer. — Preis pro Pfund über 6 Jahre erhält 1/2 Pfund für 16 Pf. Kinder unter 6 Jahren 1/4 Pfund für 8 Pf.

Töhlen. Der Abschnitt P der Landesfeuerwehr wird an Stelle von Butter mit 1/2 Pfund Margarine zum Preis von 2,70 M. für 1 Pfund beliefert.

Oberperleberg. Donnerstag den 28. November, abends 8 Uhr. Gemeinderatsitzung im Rathaus. Die Tagesordnung besteht sich unter anderem mit der Amtung der einzuführenden Erwerbslosenunterstützung und mit der Wahl eines Bürgerausschusses. — Versammlung über Änderung des Ortsreglements über die Zusammenlegung des Gemeindeteils — Wiederaufbau wird auf die Sonnabend, abends 8 Uhr, im Rathaus stattfindende Einwohnerversammlung aufmerksam gemacht. Nicht zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Deuben. Da von den Handwirten und Wollhändlern vereinabnahmene Milchausweise der Gemeinde Deuben auf die veröffnete Verpflegungszeit vom 28. Oktober bis 24. November sind bis spätestens Donnerstag den 28. November im Rathaus Deuben, Zimmer Nr. 7, II. gegen satz zu entlösen. Es ist hierzu ein Lieferschein auszustellen, zu dem Vorbrücke an genannte Stelle zu haben sind. — Mit dem heutigen Tage wird auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 13. November 1918 für die Gemeinde Deuben eine Gewerbe- und Dienstförderung eingeführt. Die nach Gebur des Arbeitlosenunterstützung und mit der Wahl eines Bürgerausschusses aufgestellten Tages liegen von heute an 14 Tage während den üblichen Geschäftstagen im Rathaus, Zimmer Nr. 6, öffentlich aus, auch können Drucksätze von Interessenten darüber entnommen werden. Anträgen wegen Erlangung von Unterstüzung sind im Rathaus, Zimmer Nr. 6 anzubringen. Für Bezeichneter empfiehlt sich Vorlegung des Familien-Stammbuchs.

Gräfenhain. Die Arbeiterratswahl ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 1728 Stimmen. Davon erhielt Liste 1: 1075 Stimmen, Liste 2: 49 Stimmen, 1 Stimme war ungültig. Das Bürgeramt beteiligte sich sehr stark an den Wahlen. Viele selbständige Handwerker und Kameraden müssen abgewiesen werden, da das gesamte Dienstpersonal war sicher auf Andenken seiner Herrschaften auf die Stelle gebraucht werden. Eine solche Kartei bestätigt ist bei noch keiner Wahl festgestellt worden.

Görlitz. Am einem am Sonntag im Börsehalle stattgefundenen Wahl besuchten Versammlung vereidigte Reichstagsabgeordneter Koch, Schmidt, Weihen, über. Die Umstolungen in Deutschland. In der hierfür vorgenommenen Wahl je eines Vertreters in den Arbeiter- und Soldatenräte für Weihen-Stadt und Land wurde Genosse Eduard Schmidt, Geschäftsführer der Übergemeinde Großfrankenthal, Görlitz, und Kamerad Paul Heinze, Großenhain, zur Zeit im Arbeiterrat "Wettinlith", Görlitz gewählt. Es wurden mehrere Mitglieder für die Partei und DFB bestellt. Voller Sitzung gewonnen.

Görlitz. Die Kätheneingänge lassen, wie anberwärts auch, im biegsigen Gaswerk zu würzen übrig. Es ist daher die größte Saarhalle im Gasverband nötig. falls dieser Biegsame Befestigung finden sollte, möchte sich die Werksverwaltung veranlaßt sehen, gewisse Sperrstunden einzuführen. Die ungenügende Sperrstunden hängt mit dem durch die Demobilisierung verhinderten Waggonschlüssel zusammen.

Arensburg. Die zuletzt verausgabten Nährmittelkarten sind zum Teil noch nicht beim ausländigen Händler anmeldet. Dies hat nunmehr sofort zu geschehen. Die Händler erhalten Nährmittel nur noch Maßnahmen der Käthenabschüttung. Nicht zulässig angemeldete Nährmittelkarten können bei der Verteilung nicht beliefert werden. Die Händler haben die Abschüttung sofort im Gemeindeamt abzugeben.

Kötzschenbroda. Wermelade, 1 Tote Clumpudding oder 1 Tote Leberpastete oder 1 Tote Kipperpâté oder 1 Tote kommen Mittwoch den 27. November in den biegsamen Lebensmittelgeschäften auf Kundenliste zum Verkauf. Preis und Mengen ist aus den in den Geschäften befindlichen Anschlägen zu ersehen.

Niederwürschnitz. Werteilung von Sauerkraut. Die Abschüttung erfolgt für die Nummern 1 bis 200 Freitag den 29. November, vermögl. 8 bis 12 Uhr, für die Nummern 201 bis 300 Sonnabend den 30. November, vermögl. von 8 bis 12 Uhr. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Entlassungen der Einberufenen aus dem Heeresdienst unter Vorlegung der Willkürpapiere bei der Gemeindebehörde sofort zu melden sind.

Ottendorf-Moritzdorf. Die Auszahlung der Kriegsfamilienunterstützung erfolgt für die Nummern 1 bis 200 Freitag den 29. November, vermögl. 8 bis 12 Uhr, für die Nummern 201 bis 300 Sonnabend den 30. November, vermögl. von 8 bis 12 Uhr. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Entlassungen der Einberufenen aus dem Heeresdienst unter Vorlegung der Willkürpapiere bei der Gemeindebehörde sofort zu melden sind.

Leben · Wissen · Kunst

Frühlingswogen.

Erzählung von Ivan Turgenev.

Das Morgenessen, das er seinem Gäste vorlegte, hätte gestern den Bedürfnissen des größten Gourmets genügen können; Stanin aber fand es endlos und unerträglich. Volofov schlang es ab, langsam und „mit Gefühl, mit Verständnis und in Gnadenfreud“; auferhasam über seinen Teller gebeugt, und fast jeden Zügel berausend, zwirrte könnte er sich den Mund mit Wein und dann erst schlürfte er den Wein hinunter und schwelzte mit den Lippen... Beim Braten wurde er plötzlich gefordert — aber vorüber unterhielt er sich über Merinothale, von denen er sich eine ganze Heide verschreiben wollte; er sprach unverständlich, mit großer Zärtlichkeit von ihnen und brauchte dabei lauter lachende, versteinernde Ausdrücke.

Die Frau wirkte sehr bald guttig. Sie hatte ihr elegantes Kleid mit einer weiten lila-fiedigen Bluse mit offenen, hängenden Ärmeln verdeckt; eine dicke, goldene Schnur hielt sie in der Taille zusammen. Sie legte sich zu ihrem Mann. „Ich sehe, du bist schwanger; läßt mich mein Handchen und geben kosten, ich werde mich mit Herrn Stanin unterhalten.“

„Schwanger bin ich nicht.“ sagte Volofov, half schwierig von seinem Stuhle erhebend, „gedenk aber werde ich und auch dein Handchen führen.“ Sie streckte ihm die flache Hand hin, dabei immer lächelnd und auf Stanin blickend.

Volofov warf auch einen Blick auf ihn — und ging ohne Abschied weg.

„Aun, erschien Sie, erschien Sie!“ sagte lebhaft Maria Nikolajewna, beide endlich den Türrahmen zugleich auf dem Tisch stellend und ungeduldig mit den Fingern der einen Hand gegen die der anderen schlagend. „Ist es wahr, daß Sie Brautigam sind?“

Bei diesen Worten bog Maria Nikolajewna ihren Kopf etwas auf die Seite, um Stanin sehen und durchdringender in die Augen sehen zu können.

XXI.

Der freie Umgangston der Frau Volofov wurde Stanin, obgleich er sein Neuland war und sich schon im Umgange mit Menschen abgewöhnen hatte, mehrheitlich anfänglich verunsichert haben, bis er nicht in dieser Freiheit und Vertraulichkeit weiterum eine gute Vorbedeutung für sein Vorhaben gesehen. „Ich will den Proprieten dieser reichen Frau noch geben“, beschloß er bei sich selbst, und antwortete ihr ebenso ungespannt, wie sie ihn fragte: „Ja, ich bin im Begriffe, zu heiraten.“

„Sie heiraten Sie? eine Fremde?“

„Ja.“

„Sie haben Sie unlängst erst kennen gelernt? In Frankfurt?“

„In Frankfurt.“

„Und wer ist sie? darf man fragen?“

„Gewiß. Sie ist die Tochter eines Konditors.“

Maria Nikolajewna öffnete weit die Augen und zog die Augenbrauen in die Höhe.

„Das ist ja reizend,“ sagte sie gedehnt, „das ist ja wunderbar. Ich glaubte schon, daß es auf der ganzen Welt gar keine jungen Leute wie Sie mehr gebe. Die Tochter eines Konditors!“

„Das sagt Sie in Erstaunen, wie ich sehe,“ bemerkte Stanin mit Würde; „erstens aber habe ich nicht jene Vorurtheile.“

„Erstens sagt mich das gar nicht in Erstaunen,“ unterbrach ihn Maria Nikolajewna, „ich bin auch vorurteilsfrei. Ich bin selbst die Tochter eines Bauern. Mich freut und erfreut nur, daß ich hier einen Menschen finde, der sich nicht fürchtet, zu lieben. Sie lieben Sie doch?“

„Ja.“

Bei dieser Frage zog sich etwas bei Stanin zusammen ... allein er konnte nicht zurück.

„Sie wissen, Maria Nikolajewna, daß jedem das Ansehen der Geliebten schöner erscheint als aller übrigen; allein — meine Braut ist wirklich schön.“

„In der Tat? In welchem Stile? Im italienischen oder im englischen?“

„Ja; sie hat sehr regelmäßige Hüpe.“

„Haben Sie kein Porträt von ihr bei sich?“

Gewerkschaftsbewegung.

An die Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine

richten die Vorsitzenden der sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände folgenden Aufruf:

Der Wehrkampfstand ist abgeschlossen und mit der Niederschlagung der Truppen haben die Erfolgsjagden bereits begonnen. Die Demobilisierung stellt das deutsche Volk vor eine gewaltsame Aufgabe. Es gilt, für Millionen Unterkünfte und Lebensmittel sowie Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen. Dazu bedarf es der unermüdlichen organisatorischen Vorarbeiten.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich der Volksregierung für die Demobilisierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Ihre weitverzweigte Organisation, ihre im Wirtschafts- und öffentlichen Leben geschulten Verwaltungskräfte, ihre im sozialen Überleben des Staates, zur Friedenswirtschaft beitragende, lassen Ihnen jetzt ohne Vergleich die benötigten Kräfte zum Heeresdienst freigeben werden. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte begeistert, und sie erwarten von den Einheiten aller Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine, daß der sofortigen Entlassung der hier unentbehrlichen Organisatoren in die Heimat keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Weilsetzt euch daher sofort nach der Rückkehr in euren Heimatort bei den Gewerkschaften an, die für eure Rechte einzutreten!

Die Gewerkschaften appellieren ferner an euch, daß ihr zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung fließt in Ruhe und Ordnung vollzieht. Werdet eure ordnungsmäßige Entlassung ab. Gute Tage wird euch freigehalten. Sodie Aussicht auf Frieden, jede Durchordnung der geordneten Rückführung gefährdet das Werk der Freiheit, das euch Wohnung und Heimat und Arbeit schenkt soll.

Beweist jetzt, daß ihr auch im Soldatenhof Bürger eines freien Volksstaates seid! Sorgt für Ordnung!

Rein. Um diese Zeit dachte man noch nicht an Photograpien. Die Daguerreotypie fing erst an in Aufnahme zu kommen.)

„Wie heißt sie?“

„Ihr Name ist — Gemma.“

„Und der Vater?“

„Dmitri.“

„Und noch ihres Vaters Namen?“

„Vladimir.“

„Wissen Sie was, Dmitri Vladimirovitch,“ logte Maria Nikolajewna immer in derselben gedehnten Weise. „Sie gefallen mir sehr. Sie sind gewiß ein sehr guter Mensch. Geben Sie mir Ihre Hand. Wir wollen Freunde sein.“

Sie drückte ihm fest die Hand mit ihrer weißen, frötiigen Hände. Ihre Hand war nicht viel kleiner als die seine — doch viel wärmer, glatter, weicher und lebensvoller.

„Aber mir kommt etwas in den Sinn!“

„Was?“

„Sie werden nicht böse werden? Nein? Sie sagen, daß sie Ihre Braut ist. Aber ... war das denn durchaus notwendig?“

Stanins Gesicht verzerrte sich.

„Ich verliebe Sie nicht, Maria Nikolajewna.“

Maria Nikolajewna brach in ein leises Lachen aus, schüttelte ihren Kopf und warf die auf ihre Wangen herabfallenden Haare zurück. „Nein ... das ist reizend!“ logte sie, halb nachdenkend und halb zerstreut. „Ein wahrer Ritter! Da glaube ich an den Leuten, die behaupten, daß die Idealisten ganz ausgestorben sind.“

Maria Nikolajewna sprach die ganze Zeit über Russisch, in außerordentlichem, vollkommen moskauischem Dialekt, dem vollstümlichen, nicht den adeligen Dialekt.

Heimkehr.

Doch immer noch die Sterne glänzen
wie damals, als ich Euch verließ,
doch immer noch die Kinder lächeln,
doch immer noch die Menschen sind
wie eins.

Dies alles ist so seltsam fremd,
als lädt ich jetzt in Rauch und Mist,
als lädt ich jetzt in Heß und Nut
gelebt.

Doch noch der Wölker Sauberbach
und immer noch der Seiler Baum,
wie damals, als die Amselfe sang,
wie heut ...

Und doch im Grün das junge Paar
so frohverliebt und lebensvoll,
so rosentief und himmelblau, —
die führt wie so seltsam mich
wie heut.

Ach, könnte ich das Leben doch
nur einmal so umlassen noch
wie Kinderlachen, Amselfe,
wie Lust und Liebe und
wie eins ...

Ich läßt meine Kinder sterben,
ich finde ihrer Mutter Mund
und münsche nur das eine noch:
Das Kind ...

Das Kind, als ich in reinem Glück
mit Freund und Bruder, Weib und Kind,
durch malerische Felder schritt
am Freitag.

Und glaubte, koste wie ein Kind,
dass doch derselbe der Ro en Glut,
dass doch der Kinder Lachen einst
ein idyll'sches, hell'es Morgen schau
als heut ...

Julius Gerfas.

Bunte Chronik.

Eine süddeutsche Vogelwarte. In Norddeutschland bestehen derzeit mehrere Vogelwarten zur Erforschung des Vogelzuges. In Süddeutschland ist jedoch in dieser Hinsicht noch nichts unternommen worden, obwohl auch hier die Voraussetzungen für die Anlagen einer Vogelwarte gegeben wären, so z. B. am Überlinger See oder an der oberösterreichischen Lechplatte. Es soll nun auf Vereinsgrundlage eine Süddeutsche Vogelwarte geschaffen werden, die dann später bestmöglich werden könnte. Der Zoologe Dr. Kurt Glaeser in Stuttgart, der auch die deutsche Naturforschungsartbewegung ins Leben rief, bereitet

Ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund.

Der Gesamtverband örtlicher Gewerkschaftsbünde, der Verband deutscher Eisenbahner, der Verband deutscher Gewerkschaftsbünde, der Deutsche Technikerverband, das Reichsamt für Beamtenverbände usw. haben sich zu einem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund ver einzigt. Die Neuorganisation steht in Berlin eine Versammlung ab. Der Vorstande Siegerwald bedeutete Freude und Freude des Bundes. Die Weiterrevolution führt zur Herrschaft der Demokratie auf allen Gebieten. Eine Fortsetzung der hochpolitischen Entwicklung durch den Sozialdemokrat ist eine Notwendigkeit; dagegen dürfe nicht gebündelt werden, da der sozialdemokratische Sozialismus unter Vollständigkeit zugrunde richte. Über die nächsten Fortschritte sprach Hartmann, der Vorstande der Hirsch-Duischer Gewerkschaft. Er verzerrte lange über Anerkennung der Nationalitätsfreiheit für Organisationen aller Art, ein neues Landesrecht, obliteratorische Arbeitslosenversicherung, Aufstellung der sozialistischen Landes- und internationale Festlegung des arbeitsfähigen Arbeitsplatzes im Friedensvertrag.

Briefkasten.

U. S. T. 51. Sie können die Überlassung des unehelichen Kindes nicht fordern; insbesondere sind Sie zur Zahlung der Alimente unter allen Umständen verpflichtet.

R. S. Darüber läßt sich noch gar nichts sagen.

R. S. D. Röhre Bestimmungen über die Durchführung des Arbeitsaufbaus sind noch nicht erlassen. Es wird Ende des Jahres bestimmt, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu vernehmen; zu diesem Zwecke könnte es sich ja mit dem örtlichen R. und S.-Rat in Verbindung legen.

R. S. Gutachten. Wie können Sie nur an die zuständigen Stellen nachweisen vermeilen.

R. S. Habenan. Die Einbringung wird in Zukunft allerdings bedeutend erleichtert werden; jetzt sind darüber neue Verordnungen noch nicht erlassen worden.

die Gründung dieser Vogelwarte vor. Es ist bestrebt, auch die Fliegzeug in den Dienst der Vogelforschung zu stellen, und nach Besichtigung sich von einem genauen Studium des Vogelfluges zu bedienen. Die Vogelwarte sollen gleichermaßen weit gezogen sein und unter anderem auch Ornithologie, Schädlingbekämpfung, Gewinnung von Schmetterlingen und anderes umfassen.

Ein englisches Braut-Braut-Museum. Das englische Präge- museum, das vor einiger Zeit eröffnet wurde, hat nun auch eine besondere Abteilung für den Anteil der Frauen an Krieg und Frieden, gewidmet. Die wichtigste Ausstellungsträume in der Gründung an die 1000 Frauen gewidmet, die im Kriegsdienst ihr Leben verloren haben. Es handelt sich um Krankenschwestern und sonst an der Front in England arbeitende Frauen; aber auch berufsmäßige Hausmutter und Dienstboten sind hier ebenfalls ausgestellt. Die englischen und französischen Mütter, die von britischen Frauen während des Krieges getrennt wurden, werden in einem beobachteten Raum zusammengeführt. Ein anderer Ausstellungsträume gibt über die Schulbildung der Frauen, die in den verschiedenen Berufen tätig sind. Ein weiterer werden in anschaulichen Bildern vorgeführt die verschiedenen Kriegsberufe der Frauen, die von britischen Müttern ausgebildet werden. Ein dritter Raum zeigt die Arbeit der Frauen in den landwirtschaftlichen Betrieben gefunden.

Humor und Satire.

Die neuen Kleiderarten. Mein Freund Schneidermeister hat seinen Sämmel voll Hoffnungszeichen hängen; er hat sich an den Stuttgarter Marlene-Wettbewerb beteiligt. Mit vielen Entwürfen „Sch. berühmte Sachen“ — „Keine Spur — Spur“ — „Ra. und bellissime“ — „Die Germania? Oder Hindenburg?“ — „Ra. und bellissime“ — „Henny Porten und Gunnar Tolind.“

Dresdner Kalender.

Theater am 27. November. Opernhaus: Marie. — Schauspielhaus: Sabine und Liebe (1). — Wilhelma-Theater: Blaue und Heimat (?) — Melitta-Theater: Der verliebte Herzog (7/8). — Central-Theater: Das Schwarzwaldmädchen (7/8).

Das IX. Volkskunst-Konzert des Philharmonischen Orchesters am Mittwoch 7/8 Uhr im Gewerbehaus steht unter Leitung von Alfred Klemm; Solistin: Marie Rothschid (Malerin). Serie im Gewerbehauskeller, Rigaerstraße 4.

Das Historische Museum und die Vorratsanammlung im Museum Johanniskirche werden bis auf weiteres zur Schauung der geringen Besitzvorräte nur Dienstag und Freitag von 10 bis 1 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr für den Besuch geöffnet.

Theater zu billigen Preisen. Für die vom Kriegsministerium angekündigten Vorstellungen im Central-Theater am Donnerstag und Freitag werden Karten gegen Vorlegung des Verdienstbuchs ab heute abends im Gewerbehauskeller und ab morgen zumindest in Arbeitersekretariate Löblich ausgetragen. Auch sind noch Karten für einen literarischen Vortragsabend (sodas Abende) am Ernestine Rünheim zu bedeutsam ermäßigten Preisen zu haben.

Bereitigte Dresdner Arbeiterjugend.

Stadt. Freitag: Unterhaltungsabend: Stadt und Welt und so weiter. Sonntag: Rundfahrtswanderung. — Johannisstadt. Donnerstag: Volksfestabend. Sonntag: 11 Uhr: Unterhaltungsabend. Freier & Eitel — Streifen. Donnerstag: 10 Uhr: Feierliche Grundbegriffe. Sonntag: 9 Uhr: Bildhauerhering im Jugendheim, Sachsen-Schweiz — Gottschap. Donnerstag: Dienstsonnabend, Seiter Gen. Müller. Sonntag: 6 Uhr: Jugendheim, Seiter Gen. Eißig — Dresden. Sonntag: 4 Uhr: Jugendheim — Töschky-Gitarre. Mittwoch: 2 Uhr: Feierliches Begegnungsabend. Sonntag: Jugendheim, Seiter Gen. Ebel. — 2 Uhr: Töschky-Gitarre. Sonntag: Jugendheim, Seiter Gen. Ebel. — 2 Uhr: Töschky-Gitarre. Donnerstag: 6 Uhr: Jugendheim — Neustadt. Sonntag: 10 Uhr: Zusammenkunft im Jugendheim, Seiter Gen. Ebel. — Töschky-Gitarre. Mittwoch: Zusammenkunft im Jugendheim — Töschky-Gitarre. Sonntag: 2 Uhr: Rundfahrt. Sonntag: 7 Uhr: Bereitstellungsabend. — Königsbrück. Sonntag: 8 Uhr: Bereitstellungsabend. — Schwerin. Mittwoch: 8 Uhr: Bereitstellungsabend. — 1. November: 8 Uhr: Bereitstellungsabend im Jugendheim, Seiter Gen. Ebel. — Die Mittelstellungsblätter für Dezember können Ende der Woche in der Zentrale entnommen werden.

Sportkartei.

Touristverein. Die Naturfreunde. Dresden. Bilderserie: 28. November 8 Uhr: Sitzung im Zimmer 2 des Rathauses. 28. November 8/9 Uhr: Zusammenkunft im Saal 1. 1. Dezember: Tagessitzung durch die alte Post, Unterholzer Str. 1. 1. Dezember: 10.00 Uhr vom Hauptbahnhof nach Wittenberg; Abfahrt 10.30 Uhr vom Hauptbahnhof nach Görlitz. 1. Dezember: 10.00 Uhr vom Hauptbahnhof nach Görlitz.

H. S. Berg. Die Anfrage muß an das Kriegsministerium gerichtet werden.

R. S. Die Strafe ist durch die Amnestie wegfallen und damit auch die Schengenstrafe. Bis auf weiteres müsse die Urteilserteilung aber noch als Strafe gelten.

R. S. Sie können nicht weiter tun, als zur gegebenen Zeit ihre Ansprüche geltend zu machen.

R. S. Mit einer Entlastung der Postauskunftsstellen ist alles zu rechnen, doch das mit Schenkung verbunden werden.

R. S. Hainberger Str. 1. Wenn Verlangen kann nicht erfüllt werden; wir müssen auf die sozialistische Literatur verweisen und empfehlen Ihnen in erster Linie die Schriften über das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei.

Vierter Reichstagswahlkreis.
Bezirk Lößnitzgräbchen, Gruppe Zittauwitz.

Den Parteigenossen überliefert aus Neumühl, das
gegenwart noch fürgem. Wiederem Kandidatenlager an
der Lößnitz unter einem Parteimitglied

Max Wilhelm, Schlosser

Unterschrift verloren ist. Wir werden ihm ein
neues Abzeichen beschaffen. [S 441]

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 2 Uhr,

auf Trauerhause, Weißauer Straße, und statt.

Das soeben erschienene Blatt Grünzeitung.

Alten Verwandten und Bekannten die traurige
Nachricht, daß mein Sohn Mann, der treulich über
seinen Eltern stand.

Max Wilhelm

Am 10. Oktober nach schwerem Leiden sanft ver-
storben. Ein tieferes Schmerz.

Clarke Wilhelm und alle Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 23.11.18, auf Trauer-

hause, Weißauer Straße, 10.00 Uhr, ausstatt.

Der Kreis, Bez. Bautzen-Wieschhause.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Genosse

Emil Fritzsche

am Mittwoch am 24. November verstorben ist und
Feuerbestattung den 28. nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause

aus beobachtet wird. [S 456]

Bir werden ihm ein ehrendes Andachten bewahren.

Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.

Am 24. November nach schwerer Müdigkeit, der

Mutter Emil Fritzsche

aus Röhrsdorf im Alter von 50 Jahren. Die Beerdigung
erfolgt Donnerstag den 25. November, nachm.
2 Uhr, vom Trauerhause aus. [S 479]

Die zahlreiche Beisetzung erfuhr Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern die Nachricht, daß unser Kollege

Hans Dill, Tischler

verstorben ist. — Die Beerdigung erfolgt Mittwoch

mittags 1½ Uhr auf dem St.-Pauli-Friedhof. [S 481]

Heiner und geforcht die Mitglieder

Wilh. Holzapfel, Tischler

Herm. Jäckel, Tischler

Ehre ihrem Kunden! Die Ortsverwaltung.

noch langem, schwerem Leiden entschied gestern

um 6½ Uhr mein lieber Sohn, unser guter Vater,

Schwiegervater und Großvater

Hans Paul Dill

im 60. Lebensjahr. — Dies zeigte tiefbezaubert am

Dresden-R. Windmühlenstraße 16. II.

Gran Granzista verehrt. [S 482]

nebst Kindern und Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. Nov.

nachmittags 1½ Uhr, auf dem St.-Pauli-Friedhof statt.

Hierdurch die liebste Nachricht, daß unter
lieber Sohn und Bruder, der Kanone

Oskar Heber

Küllerer - Meister 48, 2. Abt. 4. Unterter, durch

einen Volkstreffer dem grausamen Ölverschroben im Alter

von 20 Jahren zum Opfer fiel.

In tieferster Trauer:

Dresden-R. Bautzenstraße 81. Ob. III.

Alwin Heber, 2. St. im Felde, nebst Frau

und Geschwistern.

Surzugelebt vom Grabe meiner viel zu früh dahin-

geschiedenen Gattin, der treuherzigen Mutter meiner

vielen Kinder, unsrer guten Schweizer, Schwägerin,

Tochter und Enkelin

Frau Ida Teichmann geb. Buschbeck

agen wie allen denen, die uns durch Wort, Schrift,

Gedächtnis und reichen Blumenstrauß ihre aufrichtigste

Teilnahme fundgaben, den herzlichsten Dank!

Vorlaßkappel, Bautzenstraße 12. [S 483]

Der tiekronende Gatte: Heinrich Teichmann

und Kinder nicht ohne Hinterbliebenen.

Pferde-Bersteigerung.

Am Donnerstag den 28. November 1918, vors-

mittags 10 Uhr, werden im Hoftheater des Garde-

Regiments Dresden-Lößnitzstadt ca. 30 Stück arbeist.

Reitpferde öffentlich bersteigert. Händler werden nicht

geschlossen. [S 483]

Erstes Gardekorps Gardereiter-Regiment.

Schnürsenkel!!

Rein Gesag. Preis von 7 M. an. f. Großstiefeln und

Tel. 28820. Wiederbeschaffung bei

Trinco, Schnürsenkelfab., Grüner Str. 11. I.

Sehr preiswert:

Samt- u. Seidenplüschi-Mäntel

Goldmann

Spezialhaus ersten Ranges für Damenkleidung

= am Altmarkt, König-Johann-Straße 1. =

[S 481]

Echte
Velourhüte
sowie [S 477]
Haarfilzhüte



bester Qualität in den neuesten Formen u. Modetönen, bekannt preiswert.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Umpreß- und Färbehüte

sowie Umarbeitungen
von Samt- und Peitzhüten
werden bei bekannt guter Ausführung angenommen.

Radeberger Huffabrik
Draden-A., Moritzstraße 3.

Herzliche Bittel

Der Inn mit Zustand geben
über den Verbleib des Geist.
Emil Hause u. Sohn Wagner,
481. Post-Str. 7. Rom. 2. S. 2.
Freund. Rechtsritter erbauen
an Frau Frieda Meine, Oberhau in Sach. Stein-
ambiente 5. [S 480]

Sonst gebürtig. Zimmer

mit 1 ob. 2. et. einem Bad. Ge-
gen Belohnung für lange Zeit
gefunden. Wert eingeholt. Tel.
E. Z. d. C. b. 24. [S 479]

Bekleidung

neu. Neuauflösungen und
Reparaturen nach Woden.

Reparaturen werden billig an-
gedeutet. Bei Stern, W. 197

Cotta, Lebewohl etc. 18.

Flügel, Piano u. Schuh.

Vertikale bill. a. S. 28. [S 478]

Pauli, Wohlensstraße 16. 2.

Wester

neu, preiswert. Wirth,
Gruner Str. 16. 2. [S 479]

Herren-Anzüge

neu, preiswert. Wirth,
Gruner Str. 16. 2. [S 479]

Gummihwaren

Sanger, Schuhette, Unterlagen

et cetera, sanitäre Artikel. [S 479]

Frau Heusinger

Am See 205. 27. 28. [S 479]

Paletots

neu, preiswert. Wirth,
Gruner Str. 16. 2. [S 479]

Magnete Stolze

Johannesstr. 14. neu. Neu-
Gummidose. Magn. Uhrze.

Stahlstift. u. 10-5. [S 479]

Pianino 960 M.

Flügel . . . 600 M.

Harmone . . . 700 M.

aus Steinem. verkaufen.

G. Tronicke

Ammonit. 81. pt. [S 479]

Arbeiter

für sofortigen Antritt gefucht.

Jata-Werk G. m. b. H., Dresden

Zentralabteilung, Bahnhofstraße 2. [S 481]

Hoher Verdienst!

Gute sofort. Verträge
zum Betrieb von Getreide-
Mühlen, Seife, Waldmittel
(Schmierseife). [S 479]

Chemische Werke, Zahns 11.

für ein Grundstück kleine
Rathaus für 1. 1. 10 über
früher [S 479]

Hausmann (auch Frau)

geht. Angebote unter F. G.

an die Exped. d. Bl.

Heimarbeiterrinnen,

die im Bogenfeuerleben br-

wandert sind, finden [S 481]

Jontsch & Horn

Baudauer Straße 100.

Näherinnen

aus Kleider und Mäntel so-

fort gefucht. [S 479]

Sächsische Landes-Lotterie

Im günstigsten Falle:

800 000

Hammerpreis:

500 000

300 000

200 000

150 000

100 000

usw. [S 479]

Ziehung 1. Klasse:

4. und 5. Dezbr.

1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2

5. 10. 15. 20. 25. 30.

Voll-Lese für alle 5 Klasse

25. 50. 125. 250. M.

empfiehlt

Gustav Gericke</

Breite Straße

Sos-Automat

Welt

Lichtspiele
Nur 3 Tage!
Die Ehe der Charlotte van Brakel
Drama mit Lotte Neumann und Bruno Kastner sowie das vorzügliche Beiprogramm.

Kohlrüben, Runkelrüben, gelbe Möhren, Weißkraut

den köstlichen und wehrvollen Provinzialküchen freigegene Ware. Gerner [S 45]

Kochsalz

verdient während der Stunden von 11-12 und 3-6. Samstage 8-9 Uhr ab Lager. Pfotenauerstraße 52.

Büngerhandels-Aktien-Gesellschaft zu Dresden, Tatzberg 25, I.
Handels-Abteilung, Fonspr. 18115 und 14470.

PELZE

Carl Dreier
Dresden
Weinstraße 38-40.
Zulstock.

Obstbaumlaub

Inhalt nach jedes Quantum nach Soden gezeichnet aus Kirsche, Apfel und Birne durch folgende Sammelstellen:

Reinhard Sobredit, Weise Gasse, Dresden.
Frau Bertha Held, Chemnitzer Str. 8, Zwidauer Straße 127, Dresden.
Paul Herreitig, Schillingskrogs 2, Dresden-Löbtau.
Wilhelm Hante, Dresden Nr. 18 bei Dresden.
Oskar Siegling, Döbnerische Straße 27, Dresden.
Georg Wols, Scharfenberger Str. 43, Dr. Heßigau.
Frau Anna Lehmann, Sommer, Berg, Dresden.
Büttendorfstraße 71. [S 250]

Großhaufläger für Jata-Werk
Karl Herrertig, Dresden-Löbtau, Scharfenberger Straße 41 und Kittlitz bei Löbau i. Sa. Badenof.

Die Sammler können das liegende Laub herrenwohl zusammenholen, müssen es jedoch von grobem Natur Material trennen. Begrenzte Anlieferung großer Posten erwünscht direkte Verbindung mit mir.

1 Posten

Damen-Pelz-Garnituren

Alaska-Fuchs, Iltis-Skunks- und Feh-Kanin-Garnituren sowie einzelne Muffen u. Kragen, Sealskin-Kanin-Herren-Kragen sehr preiswert zu verkaufen. [S 164]

Starer, Grunaer Str. 22, I.

Einmaliges Sonderangebot!

Schneiders, Wasche, Schmuckbüsten und Schenkkörbe St. 1,50 St. 1,80 St. 1,20 St. 2,50 bei großen Mengen 5 Proz. extra.

Eichhäude, 1 und 2 Meter, Stoff St. 10,00 und 10,75 nur solange Vorrat reicht! [S 129]

C. Knoblauch, Dresden-A., Steinitz 5. Fernspr. 19420 Eindeutig, da Rohmaterialien immer knapper und teurer.

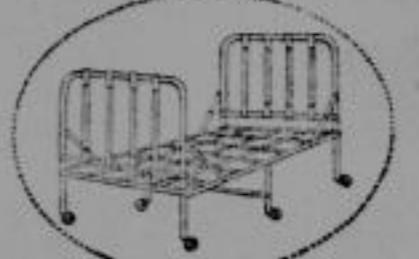
Schreibmaschinen

Gebündner Kohle, Wasche und Purgationspulpa. Kopierzellen, nur gute Ware, verlässt Dresden Spezial-Reparatur-Werkstatt für Schreib- und Bureau-maschinen aller Systeme.

H. Schiller, jetzt Villner Straße 42. Gegründet 1908. Tel. 14481. [S 1400]



Renner-Bettstellen



Eiserne Bettstelle zum Zusammenlegen, mit Bandisenboden, braun lackiert, Größe 80x185 (siehe Abbildung) M 25.-

Eiserne Bettstelle zum Zusammenlegen, mit doppeltem Spalzfederboden, schwarz lackiert. Größe 80x185 M 35.-

Eiserne Bettstelle mit dauerhaftem Patentboden, schwarz lackiert, für größere Kinder passend. Größe 75x170 M 45.-

Eiserne Bettstelle mit gutem Patentboden, weiß lackiert, gute Ausführung. Größe 90x190 M 62.-

Eiserne Bettstelle mit kräftigem Patentboden, braun lackiert, Kopf und Fußteil mit Holzlage. Größe 80x185 M 72.-

Eiserne Bettstelle mit Stahlmatratze, weiß lackiert, schwarz abgesetzt, Gr. 80x185 M 80.-

Eiserne Bettstelle weiß lackiert, mit praktischem Zugfederboden, sehr gut. Ausführung. Größe 90x190 M 145.-

Eiserne Bettstelle weiß lackiert, in ganz vorzüglicher Ausführung, mit Zugfederboden, Größe 90x190 M 190.-

Eiserne Bettstelle in bester Weißlackierung, mit Messing verziert und gutem Patentboden, Größe 100x200 M 210.-

Auflege-Matratzen in eigener Werkstatt gearbeitet, in verschiedenen Ausführungen und Größen am Lager.

Die hier angezeigten Waren sind mit dem Hinweis „Zeitung-Angebot“ gesondert aufgestellt und können auf Verlangen sofort vorgezeigt werden.

Renner

Schmierwaschmittel (Schmierseife)

vom R.A. genehmigt unter 2004 (B1480) an Verbraucher in vorzüglicher Qualität abzugeben. Besonders gefürchtet. Chemische Werke, Tatzberg 11.

Möbel aller Art, in eisig und gewalt, in foliger, gefüllt und vollständig. Silberbrand in Bilsdorf. Eigene Tapetenwerkstatt.



Diese Küche kostet M. 350

Möbelhaus Bürgerwiese 22

Deutscher Extrakt

ein Frisch oder Kunstprodukt, sondern natürliches Ergebnis, in Braunschweig hergestellt, zu allen Speisen wird viel verlangt. [B. Dose 2,25 M.

Gemischte dän. Ware

leckerer, schnell wie gute Straßenküche, malen Speisen, auch im Bratloft, vorzüglich. [B. Dose 2,15 M.

Hamburg. Schmerwürze

aum Broten, Dose 1,90 M.

Dr. Lepelhards Überpastete,

mit Radfleisch zu vermeiden,

[B. Dose 2,75 M.] B1485

Fröhliche, nahrhafte Gemüse-

Suppe, marzenfrei, sehr viel

verlangt, [B. Dose 2,70 M.] empf.

Albin Leibesring, Kreisstadt 4

und Käse, Kreisstadt 4

Harmonikas

deutsche und Wiener, ein- und

drei- und vierzähnig, große Ausmaß.

Perrier 20 Tonge Konzertino.

Wandolinen, trichterlose

Sprech-Apparate, Familien-

finos zu billigen Preisen

H. Schwenke

Albrechtstr. 60, pl. [B 1479]

Lose

(B1478) der Sächs. Staatslotterie Ziehung der 1. Klasse

4 und 5. Dezember

empfiehlt und versendet

E. Sacher

Staatslotterie-Einnahme

Dresden-Löbtau

Freiburger Str. 124.

Mando-

linen, Lauten

Gitarren

in grösster

auswahl

liefert ein,

Bläserer brechen bei-

Otto Friebe

Siegelstraße 18.

Wünschen Sie bitte genau

meine Größe! [S 181]

André, 25 Km See 25

Wernigerode, Fernspr. 10294.

i. d. Nähe Wernigerode u. Am See.

Größe Spezialhandy. [S 148]

E. Dürlich

Tiefenbach 1, pl. [S 148]

W. Dürlich

Tiefenbach 1, pl. [S 148]

E. Dürlich

Tiefenbach 1, pl. [S 1